



Jahresbericht 2020



BUNDESPOLIZEI



Inhaltsverzeichnis

4 Grußwort des Bundesinnenministers

6 Vorwort des Präsidenten des
Bundespolizeipräsidiums

8 Aufgaben der Bundespolizei

10 Die Bundespolizei auf einen Blick

12 Bundespolizeidirektion 11

14 Dimensionen

16 Die Bundespolizei in Zahlen

18 Organigramm

20 Bilanz

22 Fahndung

26 Bundesbereitschaftspolizei

28 Fußball

30 Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamte

32 Migration

34 Rückführung

35 Humanitäre Aufnahmeverfahren

35 Zuverlässigkeits- und Sicherheits-
überprüfungen

36 Luftsicherheitskontrollen

37 Passenger Name Records

37 Länderspezifisches Informations-
und Erkenntnisssystem

38 Projektgruppe Smart Borders
Bundespolizei

39 Projekt Unbemannte Luftfahrzeuge

39 Sicherheitsbahnhof Berlin Südkreuz

40 Deliktsbereiche

42 Prävention und Opferschutz

44 Ermittlungen

44 Die Mobilten Fahndungseinheiten

45 Kriminaltechnik

48 Computer Emergency and Response Team
der Bundespolizei

49 Gebührenverordnung

49 Bußgeldstelle

50 Auslandsverwendungen

60 Jahresrückblick 2020

74 Personal und Ausstattung

76 Personal der Bundespolizei

77 (Plan-)Stellen

78 Haushalt

79 Verwaltung

80 Ärztlicher Dienst

81 Bundespolizeiseelsorge

82 Ausbildung

83 Laufbahnen

84 Nachwuchsgewinnung

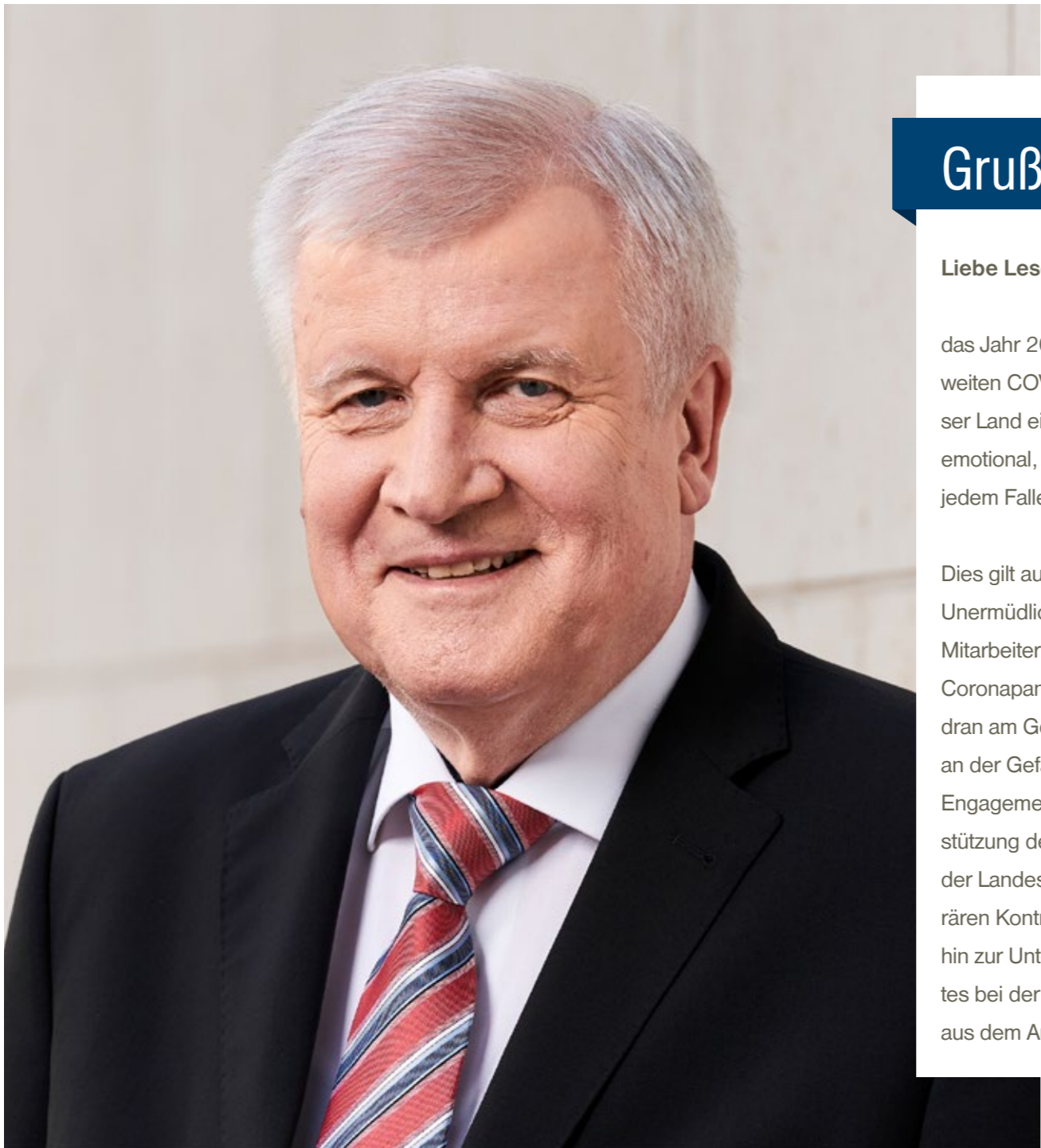
86 Social Media

88 Spitzensport

90 Führungs- und Einsatzmittel

99 Register

99 Impressum



Grußwort

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2020 stand im Zeichen der weltweiten COVID-19-Pandemie. Es war für unser Land ein besonderes Jahr – besonders emotional, für viele besonders einsam und in jedem Falle ganz besonders herausfordernd.

Dies gilt auch für die Bundespolizei.

Unermüdlich waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Einsatz zur Bewältigung der Coronapandemie. Sie waren dabei stets nah dran am Geschehen und damit auch nah an der Gefahr, sich selbst zu infizieren. Ihr Engagement erstreckte sich von der Unterstützung der Länder bei der Durchsetzung der Landesverordnungen über die temporären Kontrollen an den Binnengrenzen bis hin zur Unterstützung des Auswärtigen Amtes bei der Rückholung deutscher Urlauber aus dem Ausland.

Herausfordernd waren in diesem Zusammenhang auch die Unterstützungseinsätze bei coronaspezifischen Versammlungslagen, die teils von einer aggressiven Stimmung bis hin zu Gewalttätigkeiten geprägt waren. Auch die zur Eindämmung der Pandemie notwendig gewordenen temporär wieder eingeführten Grenzkontrollen an den Binnengrenzen forderten die Bundespolizei. Sie richtete vom 16. März bis 14. Juni 2020 bis zu 111 Grenzübergangsstellen ein und war damit in der Lage, den unbedingt notwendigen grenzüberschreitenden Verkehr zu kanalisieren und Voraussetzungen für den Grenzübertritt zu kontrollieren. Der Erfolg dieser Maßnahmen ließ sich direkt an der Reproduktionszahl (R-Wert) des Coronavirus ablesen.

Doch es gab in 2020 auch andere Themen. Beispielsweise führte die Bundespolizei mit

dem Nukleartransport aus dem britischen Sellafield ins hessische Biblis den personell größten Einsatz der Bundespolizei des Jahres durch. Etwa 6 200 Bundespolizisten schützten den Transport auf dem Weg ins Brennelemente-Zwischenlager, unterstützt von rund 550 Kräften der Polizeien der Länder.

Der zur Aufgabenbewältigung notwendige Personalaufwuchs der Bundespolizei gewann auch in 2020 an Fahrt. Zum Jahresende betrug die Mitarbeiterzahl 51 441 (Vorjahr 48 409). Die Bundespolizei nimmt damit im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat sowohl personell als auch in der Aufgabenvielfalt eine herausragende Stellung ein.

Bei all ihren Einsätzen stand und steht die Bundespolizei in einem sicherheits-

politischen Spannungsfeld und muss dabei professionell, besonnen und lageangepasst handeln. Dies hat sie auch im vergangenen Jahr mit Bravour gemeistert.

Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren unermüdlichen Einsatz in einem ganz besonders herausfordernden Jahr 2020.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre des Jahresberichtes der Bundespolizei.

Ihr

Horst Seehofer

Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat

Vorwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das alles überlagernde und uns doppelt belastende Ereignis des vergangenen Jahres ist natürlich im Übergreifen der Corona-Pandemie auch auf unser Land zu sehen – bis heute. Bereits am 27. Januar 2020 wird die bundesweit erste Infektion mit dem neuartigen Virus bestätigt, das sich schon bald im gesamten Bundesgebiet ausbreitet.

Es folgen die bekannten, zum Teil einschneidenden Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Bei der Umsetzung an vorderster Stelle mit dabei und ungeachtet aller damit verbundenen persönlichen Risiken – wie könnte es anders sein – die Bundespolizei, Sie!

In seinem Grußwort zu diesem Jahresbericht geht Herr Bundesminister Seehofer auch auf zahlreiche andere Einsätze der Bundespolizei ein, die 2020 im Zusammenhang mit der Pandemiebekämpfung erfolgten.

Ich selbst möchte daher an dieser Stelle allen Kolleginnen und Kollegen Dank sagen. Dank für die Einsatzbereitschaft, für die gezeigten Leistungen, für treue Pflichterfüllung. Auf die Bundespolizei ist Verlass – auch in einer Pandemie.

Ich bin stolz auf Sie.

COVID-19-bedingt ist 2020 auch ein vielfach übersehener drastischer Anstieg der Bürgeranfragen an die Bundespolizei festzustellen. Im Vergleich zu 2019 steigen sie von 206 450 auf 1 530 148. Ein Plus von 641,2 Prozent. Grund sind insbesondere Fragen zu den häufigen Anpassungen, die fast alle Staaten in ihren Ein- und Ausreisebestimmungen verfügen und wieder ändern.

Auch damit sind Sie hochprofessionell umgegangen.

Wie immer könnte ich noch auf vieles mehr hinweisen. Sie finden alles, mit den dazuge-

hörenden Zahlen, im nachfolgenden Jahresbericht 2020 der Bundespolizei.

An ein besonderes Ereignis möchte ich gleichwohl schon hier erinnern:

Am 31. Oktober 2020 eröffnet der Flughafen Berlin Brandenburg (BER); die Schließung des Flughafens Tegel folgt am 8. November. Mehr als 30 Jahre waren Bundesgrenzschutz und Bundespolizei dort die Garanten für Sicherheit.

Viele Kolleginnen und Kollegen fanden am BER eine neue dienstliche Heimat. Sie sorgen weiterhin dafür, dass Fluggäste sicher reisen – auch unter Corona-Bedingungen.

Bleiben Sie bitte alle gesund.

Dr. Dieter Romann
Präsident des Bundespolizeipräsidiums





Aufgaben der Bundespolizei



Die Bundespolizei auf einen Blick

Die Bundespolizei ist ein fester Bestandteil der deutschen Sicherheitsarchitektur und verlässlicher Partner in Europa und weltweit. Neben der klassischen Aufgabe des Grenzschutzes leisten die Mitarbeiter auch auf Bahnanlagen, in den deutschen Küstengewässern und auf den Flughäfen einen Beitrag für die Sicherheit der Bürger und Gäste in unserem Land. Auch der Schutz von Bundesorganen, Einsätze bei Großveranstaltungen und in internationalen Polizeimissionen sowie die Strafverfolgung und Ermittlungen prägen den Arbeitsalltag. Die Hubschrauber des Flugdienstes der Bundespolizei unterstützen aufgabenübergreifend.



Grenzschutz

Für die grenzpolizeiliche Gefahrenabwehr ist die Bundespolizei in einem 30 km breiten Gebiet entlang der rund 3 831 km langen Landgrenze zuständig. An den 888 km langen Seegrenzen in der Nord- und Ostsee ist ihr Zuständigkeitsbereich 50 km breit. Zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität überwacht, fahndet und ermittelt die Bundespolizei. Sie führt an vielen Flug- und Seehäfen grenzpolizeiliche Kontrollen sowie aufenthaltsbeendende Maßnahmen durch.



Bahnpolizei

Eine der Kernaufgaben ist die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Eisenbahnverkehr. Die Bahnanlagen der Eisenbahnen des Bundes umfassen knapp 5 700 Personenbahnhöfe in einem Schienennetz von etwa 33 400 Streckenkilometern. 2020 haben etwa 1,3 Mrd. Reisende den Schienennah- und -fernverkehr in Deutschland genutzt. Neben dem Schutz der Bahnanlagen als Bestandteil der kritischen Infrastruktur liegen die Schwerpunkte in der staatlichen und unternehmerischen Sicherheitsvorsorge sowie in der Bekämpfung der Kriminalität, von der Bahnreisende oder die Bahnanlagen selbst betroffen sind.



Luftsicherheit

An 13 deutschen Verkehrsflughäfen, darunter Düsseldorf, Bremen und Stuttgart, ist die Bundespolizei für die Luftsicherheit zuständig. Mit Ausnahme des Flughafens München kontrolliert sie die Fluggäste sowie deren Hand- und Reisegepäck. Die Bundespolizei hat hierfür Verträge mit privaten Sicherheitsdienstleistern geschlossen, die an den einzelnen Standorten im Auftrag der Bundespolizei Personal für die Luftsicherheitskontrolle bereitstellen – die Luftsicherheitsassistenten.



Schutz von Bundesorganen

Die Bundespolizei schützt auf Ersuchen sowie im Einvernehmen mit den Ländern besonders gefährdete Verfassungsorgane und Ministerien des Bundes. Angriffe hierauf sollen verhindert oder abgewehrt und die Funktionsfähigkeit soll, insbesondere bei Veranstaltungen und Besuchen aus dem In- und Ausland, sichergestellt werden. Zu den Schutzobjekten zählen unter anderem das Bundespräsidialamt, das Bundeskanzleramt, das Auswärtige Amt, das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, das Bundesverfassungsgericht und die Zentrale der Deutschen Bundesbank.



Maritime Komponente

Die Bundespolizei ist Partner im Maritimen Sicherheitszentrum in Cuxhaven und damit Teil des Kooperationsnetzwerkes der auf See operierenden Kräfte des Bundes und der Küstenländer. Die Bundespolizei setzt dabei Einsatzschiffe in Nord- und Ostsee ein, schützt die seeseitige Schengen-Außengrenze, kontrolliert den Seeverkehr, bekämpft maritime Kriminalität und ermittelt bei Umweldelikten. Weltweit beraten speziell geschulte Bundespolizisten deutsche Reedereien im Phänomenbereich der Piraterie und Entführungslagen.



Kriminalitätsbekämpfung

Die Kriminalitätsbekämpfung ist durch eine spezifische Ermittlungskompetenz gekennzeichnet. Die prioritären Deliktsfelder Schleusungs- und Gewaltkriminalität, Eigentumskriminalität durch reisende Täter sowie Straftaten unter Nutzung des Tatmittels Internet, aber auch Polizeiliche Kriminalprävention und Gefahrenabwehr in Bezug auf Politisch motivierte Kriminalität gehören zur Kriminalitätsbekämpfung.



Bundespolizeidirektion 11



9 GSG 9 der Bundespolizei

Die Spezialeinheit der Bundespolizei wird zur Bekämpfung von Terrorismus und schwerer Gewaltkriminalität im In- und Ausland eingesetzt und arbeitet eng mit nationalen und internationalen Partnern zusammen. Primäres Ziel ist das Retten gefährdeter Menschenleben. Sie gliedert sich in folgende Einsatzeinheiten:

Die Unterstützungseinheit öffnet lautlos oder schlagartig Türen, entschärft Sprengstoffe oder übernimmt die medizinische Notfallversorgung.

Präzisionsschützen sind Meister der Tarnung. Sie klären Zielpersonen und -objekte auf und bekämpfen Täter direkt, wenn dies die einzige Möglichkeit ist, eine gefährliche Situation zu bewältigen.

Taucher nähern sich in maritimen Lagen lautlos und ungesehen ihrem Ziel, um den bestmöglichen Überraschungseffekt herbeizuführen. Bootsführer sind auf den Transport der Einsatzkräfte mittels Einsatzbooten spezialisiert.

Die Fallschirmspringer beherrschen alle Facetten des taktischen Fallschirmspringens, unter anderem gezielte Sprünge auf kleine Landeflächen oder bei Dunkelheit. Die taktischen Fallschirmspringer und Taucher sind in Deutschland einzigartige Polizeikräfte.

Die 4. Einsatzeinheit ist in Berlin stationiert. Sie verbessert die Reaktionsfähigkeit und ermöglicht die schnelle Verfügbarkeit der Spezialkräfte in der Bundeshauptstadt.



Entschärfungsdienst der Bundespolizei

Der am 15. Mai 2020 neu aufgestellte Entschärfungsdienst der Bundespolizei (ENTSCHD BPOL) stellt an bundesweit 15 Standorten Entschärferkräfte zur Unterstützung der Behörden und Dienststellen der Bundespolizei bereit. Er trifft auf Anforderung alle notwendigen Maßnahmen, um Gefahren, die von explosivstoffverdächtigen Gegenständen oder sonstigen Gefahrstoffen für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgehen, abzuwehren. Darüber hinaus trifft er Maßnahmen, um eine Schadensvertiefung zu verhindern sowie ein beweisicheres Strafverfahren zu gewährleisten.

Die Metropolregionen Berlin, Hamburg, Dortmund, Frankfurt am Main und München bilden die regionalen Schwerpunkte für den ENTSCHD BPOL. Hier wird mehr Personal eingesetzt, was verkürzte Reaktionszeiten ermöglicht.



Bundespolizei-Flugdienst

Der Bundespolizei-Flugdienst unterstützt bei Bedarf die Dienststellen der Bundespolizei sowie sonstige nationale und internationale Bedarfsträger mit Sicherheitsaufgaben. Mit 94 Hubschraubern ist er nach der Lufthansa der zweitgrößte Betreiber ziviler Luftfahrzeuge in Deutschland und eine der größten polizeilichen Flugdienstorganisationen weltweit.

Polizeiliche Schutzaufgaben Ausland

Die drei Säulen der Dienststelle Polizeiliche Schutzaufgaben Ausland der Bundespolizei sind der Personenschutz für Botschafter in Gebieten mit erhöhter Gefährdungslage, der Schutz deutscher Liegenschaften in etwa 80 Auslandsvertretungen weltweit und die Sicherheitsberatung.



Besondere Schutzaufgaben Luftverkehr

Um der hohen Gefährdung des Luftverkehrs zu begegnen, wird speziell ausgebildetes Personal der Dienststelle für Besondere Schutzaufgaben Luftverkehr der Bundespolizei an Bord deutscher Luftfahrzeuge eingesetzt. Sie sollen die Sicherheit aufrechterhalten oder wiederherstellen sowie den Missbrauch eines Flugzeugs als Waffe verhindern.



Einsatz- und Ermittlungsunterstützung

Die Einsatz- und Ermittlungsunterstützung der Bundespolizei ist bei Einsätzen mit besonderen technischen Herausforderungen dabei. Sie wertet Mobiltelefonaten aus, ortet diese oder übernimmt die technische Überwachung von Objekten, Personen und Fahrzeugen. Die gewonnenen Informationen bilden häufig die Grundlage für weitere operative Maßnahmen.

Dimensionen

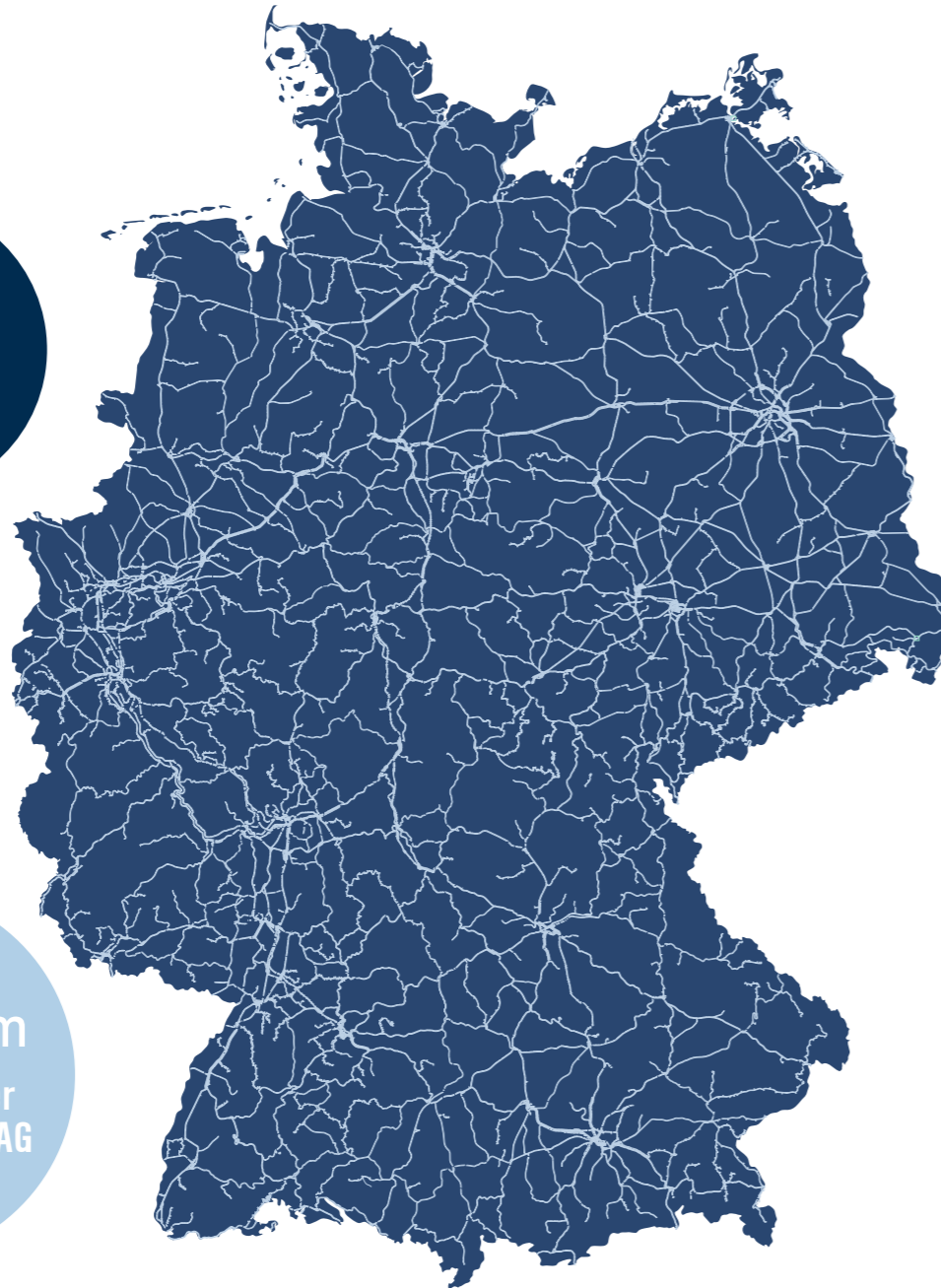
5 691

Bahnhöfe und
-haltepunkte

1,3 Mrd.
Bahnreisende

33 399 km

Streckennetz der
Deutschen Bahn AG



888 km
Seegrenze

3 831 km
Landesgrenze

13
Verkehrs-
flughäfen

63,6 Mio.
Fluggäste an den
Verkehrsflughäfen



Die Bundespolizei in Zahlen



1

Bundespolizei-
präsidium



11

Bundespolizei-
direktionen



10

Bundespolizei-
abteilungen



72

Bundespolizei-
inspektionen



9

Bundespolizei-
inspektionen
Kriminalitäts-
bekämpfung



143

Bundespolizei-
reviere



1

GSG 9 der
Bundespolizei



1

Bundespolizei-
Flugdienst



1

Polizeiliche
Schutzaufgaben
Ausland der
Bundespolizei



1

Besondere
Schutzaufgaben
Luftverkehr der
Bundespolizei



1

Einsatz- und
Ermittlungs-
unterstützung
der Bundespolizei



1

Entschärfungs-
dienst der
Bundespolizei



1

Bundespolizei-
akademie



7

Bundespolizeiaus-
und -fortbildungs-
zentren



2

Bundespolizei-
sportschulen



1

Bundespolizei-
trainingszentrum
Kührointhaus



2

Diensthunde-
schulen



1

Direktionsbereich
Bundespolizei See



39

Polizeiärztliche
Dienste



8

Regionale Bereichs-
werkstätten



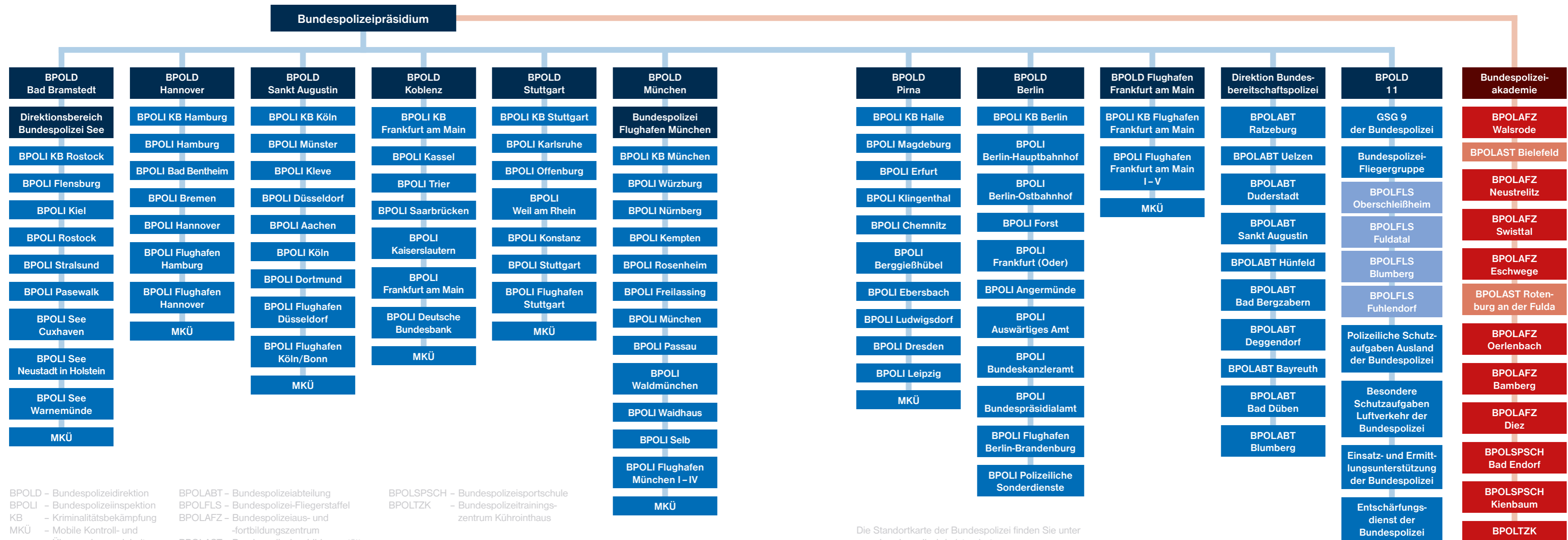
3

Bundespolizei-
orchester



1

Reiterstaffel





Bilanz



Fahndung

Die Bundespolizei ist aufgrund ihrer grenzpolizeilichen Aufgabe an den Flughäfen und den Land- und Seegrenzen sowie der Bahnpolizei „die“ Fahndungspolizei in Deutschland. Durch die regionalen und bundesweiten Fahndungen können Kriminalität effektiv bekämpft und Gefahren abgewendet werden. In den vergangenen Jahren hat sich die Bundespolizei national und europaweit zu einem festen Bestandteil in der Bekämpfung der Politisch motivierten Kriminalität etabliert.

2020 sind die bundespolizeilichen Fahndungserfolge um 11,7 Prozent auf 178 055 gesunken. Dies ist insbesondere dem pandemiebedingten Rückgang des Reiseverkehrs zuzurechnen, der an den Flughäfen, Bahnhöfen, auf der Straße und zur See drastische Auswirkungen entfaltet hatte. Gleichwohl liegt die Zahl über dem Wert des Jahres 2018. Die Bundespolizei hatte bei den Fahndungstreffern aus dem Schengener Informationssystem weiterhin einen Anteil von mehr als 50 Prozent am Treffervolumen aller Bundes- und Landesbehörden. 13 986 vollstreckte Haftbefehle stellen einen bedeutenden Anteil der bundespolizeilichen Personenfahndungserfolge dar.

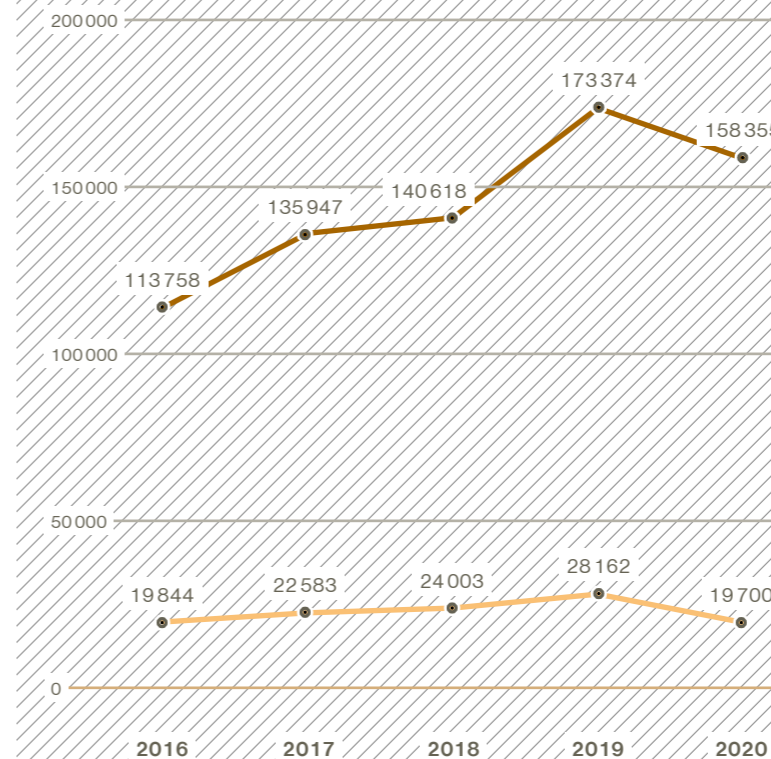
Die **Einrichtung einer Zielfahndungsstelle** im Jahr 2020 erweitert die Fahndungskompetenzen der Bundespolizei. Unter Zielfahndung versteht man die gezielte, intensive, operative Suche nach einzelnen, bereits identifizierten Personen, deren Festnahme von besonderer Bedeutung ist. Voraussetzung ist ein nationaler oder internationaler Haftbefehl.

Vorab müssen jedoch alle anderen Fahndungsmöglichkeiten ausgeschöpft worden sein oder keinen Erfolg versprechen. Die Kriterien zur Auswahl einer Zielperson sind insbesondere die Schwere der Tat, die Höhe des entstandenen Schadens sowie die zu erwartende Strafe. Auch international agierende Straffällige oder Personen, von denen besondere Gefahren für die Allgemeinheit ausgehen, stehen im Fokus.

Angehörige der Organisierten Kriminalität halten sich häufig im Ausland auf und fühlen sich vor der Strafverfolgung der deutschen Behörden sicher. Eine enge Kooperation mit ausländischen Behörden sowie nationalen und internationalen Zielfahndungsnetzwerken ist daher wichtig.

Personen- und Sachfahndungserfolge

Personenfahndungserfolge
Sachfahndungserfolge




-23,8 %
19 665 2019 → 14 994 2020
festgestellte Fahndungsausschreibungen zur Kontrolle

-2,6 %
115 567 2019 → 112 589 2020
Aufenthaltsermittlungen und sonstige Personenfahndungstreffer
zum Beispiel aufgrund von Ausschreibungen zur Einziehung der Fahrerlaubnis oder zur Durchsetzung von Fahrverboten

 **158 355**
Personenfahndungserfolge
(2019: 173 374)

-8,7 %




-26,7 %
172 2019  126 2020
Ausreiseuntersagungen

 **19 700**
Sachfahndungserfolge
(2019: 28 162)


-30,0 %



-23,2 %
1 231 2019  945 2020
Kraftfahrzeuge


-41,0 %
3 086 2019  1 822 2020
Gewalttäterkontrollen

-10,7 %
11 729 2019  10 473 2020
Festnahmen nach Aufenthaltsrecht
einschließlich Einreiseverweigerungen und Zurückweisungen

-11,8 %
4 950 2019  4 365 2020
Gewahrsamnahmen

-23,2 %
18 205 2019  13 986 2020
vollstreckte nationale und internationale Haftbefehle
durchschnittlich 38,2 pro Tag

-35,9 %
25 315 2019  16 232 2020
Urkunden
zum Beispiel Ausweisdokumente

+56,1 %
1 616 2019  2 523 2020
Sonstige
zum Beispiel Fahrräder, Mobiltelefone



Bundesbereitschaftspolizei

Die Direktion Bundesbereitschaftspolizei verfügt bundesweit über zehn Bundespolizeiabteilungen. In den geschlossenen Einsatzeinheiten verrichten mehr als 4 000 Polizisten ihren Dienst. Sie unterstützen mobil und flexibel insbesondere die Dienststellen der Bundespolizei in besonderen Einsatzlagen. Zudem werden sie regelmäßig durch Landes- und Bundesbehörden wie den Polizeien der Länder, der Zollverwaltung oder dem Bundeskriminalamt angefordert. Bei Großveranstaltungen, Demonstrationen, Hausdurchsuchungen und dem Durchsetzen von Haftbefehlen, aber auch bei Staatsbesuchen für den Innen- und Außenschutz entfalten die Einheiten ihr Potenzial.

Das Jahr 2020 war maßgeblich von Einsätzen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie geprägt. So waren die Einsatzeinheiten anlässlich der wiedereingeführten Grenzkontrollen an den Landgrenzen zu Frankreich, Belgien, Luxemburg, Dänemark, Österreich und der Schweiz sowie zum Schutz der Transporte von Schutzmasken und Impfstoffen eingesetzt. Darüber hinaus unterstützten sie die Polizeien der Länder, insbesondere bei sogenannten Querdenker-Demonstrationen und weiteren Versammlungen, sowie die Bundespolizeidirektionen anlässlich der Gewaltprävention und in Ermittlungsverfahren.

Der Schutz des Nuklear- und Rückführungstransportes von Sellafield (Großbritannien) nach Biblis sowie die Großeinsätze rund um den Bau der Autobahn A44 und im Dannen-

röder Forst stellten besondere Herausforderungen dar.

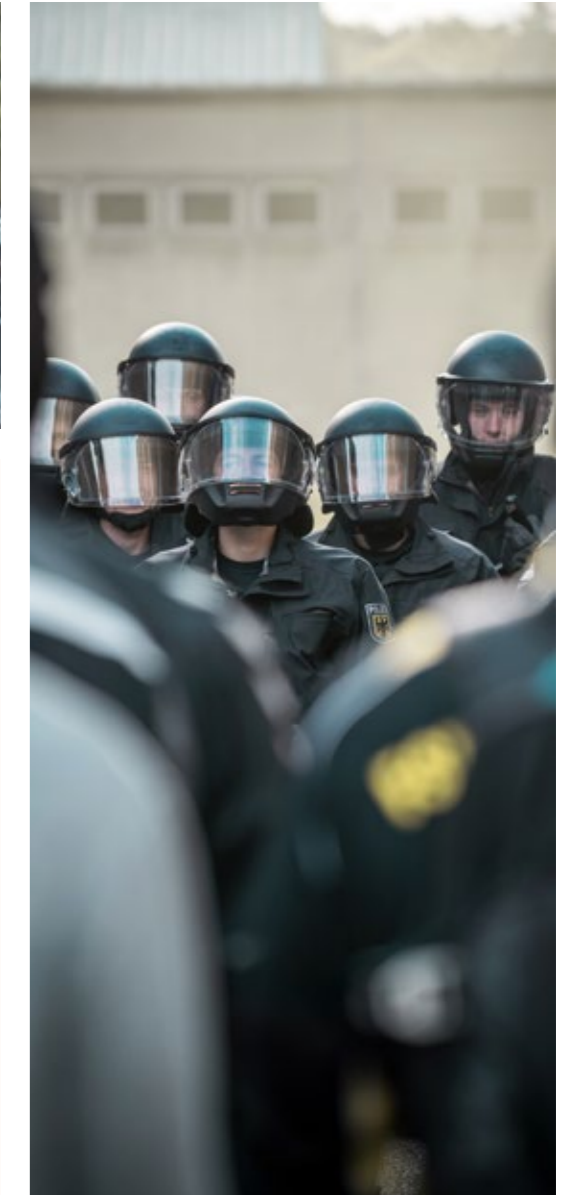
Die Bundesbereitschaftspolizei hält eine Vielzahl von Spezialkräften für unterschiedlichste Einsatzanlässe vor. Die BFE+ unterstützt die GSG 9 der Bundespolizei in der Intervention bei Terroranschlägen oder bei lebensbedrohlichen Einsatzlagen. Die Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaften werden bei gewalttätigen Auseinandersetzungen und bei qualifizierten Festnahmen von Intensivtätern

eingesetzt. Technische Einsatzkräfte unterstützen unsere Einsatzhundertschaften bei unfriedlichen demonstrativen Aktionen mit Wasserwerfer- und Sonderwageneinheiten, retten mit besonders geschulten Vollzugsbeamten Personen aus Höhen und Tiefen oder öffnen Türen und entfernen technische Blockaden. Beamte der Beweissicherungs- und Dokumentationseinheiten sowie der Aufklärungseinheiten nutzen Video- und Fototechnik, um beispielsweise Tatverdächtige aus einer Einsatzdokumentation zu identifizieren.



2 514 477

geleistete Einsatzstunden der Bundesbereitschaftspolizei



1 990 338 h

Verstärkung eigener Behörden



360 432 h

Unterstützung anderer Behörden



1 240 469 h

Grenze (§ 2 BPolG)



710 888 h

Bahn (§ 3 BPolG)



546 187 h

COVID-19



90 944 h

Fußball



477 390 h

Demonstrationen



318 936 h

Frontex-Einsätze im Ausland

Fußball

Bedingt durch die COVID-19-Pandemie wurden am 13. März 2020 deutschlandweit alle Sportveranstaltungen eingestellt. Die Deutsche Fußball Liga erstellte ein Hygienekonzept, woraufhin die 1. und 2. Bundesliga ab dem 16. Mai und die 3. Liga am 26. Mai 2020 den Spielbetrieb unter Ausschluss von Publikum wieder aufnahmen.

Die pandemiebedingten Beschränkungen wirkten sich stark auf die bahnreisenden Fußballfans aus. Im Ergebnis war der Fußballfanreiseverkehr ab dem 16. Mai 2020 nahezu zu vernachlässigen. Um die Spielzeiten 2018/19 und 2019/20 vergleichen zu können, wurden die Betrachtungszeiträume angepasst (jeweils von Juli bis März).

Die Züge der Eisenbahnverkehrsunternehmen stellten weiterhin ein attraktives und populäres Reisemittel für Fans verschiedener Vereine – insbesondere der drei Fußballprofiligen – dar. Die Zahl der bahnreisenden Fans stieg in der Spielzeit 2019/20 im Vergleich zum Vergleichszeitraum 2018/19 auf 2,8 Millionen leicht an (+ 8 Prozent).

Die Zahl der eingesetzten Polizeivollzugsbeamten anlässlich des schienengebundenen und grenzüberschreitenden Fußballfanreiseverkehrs nahm bereits in der Saison 2018/2019 im Vergleich zur Vorsaison um sechs Prozent auf 52 765 Beamte zu. Dieser Trend setzte sich auch 2019/20 fort. Demnach setzte die Bundespolizei zusätzliche 4 260 Einsatzkräfte zur Bewältigung des Fanreiseverkehrs ein. Die Zahl der Einsatzkräfte

der Direktion Bundesbereitschaftspolizei stieg leicht auf 22 797 (+ 3 Prozent).

Im Vergleich zur Saison 2018/19 nahmen die festgestellten Straftaten um 14 Prozent auf 753 (2018/19: 658) deutlich zu. Auch die Zahl der Gewaltdelikte stieg an: Um 15 Prozent auf 256 (2018/19: 223). Jede dritte durch die Bundespolizei im Fußballfanreiseverkehr festgestellte Straftat war somit ein Gewaltdelikt.

Die Zahl der verletzten Personen ist nach einem Rückgang in den zurückliegenden fünf Jahren in der Saison 2020/21 erheblich gestiegen (+ 146 Prozent). In 43 Prozent der Fälle handelte es sich bei den Verletzten um Unbetei-

ligte und in 39 Prozent um Störer. Maßgeblich hierfür waren Auseinandersetzungen zwischen (Fan-)Szenen sowie der Anstieg verletzter Personen durch den Einsatz von Zwangsmitteln. Die Zunahme der Gewaltbereitschaft spiegelte sich auch in den festgestellten Angriffen auf die Züge der Eisenbahnverkehrsunternehmen wider. Diese haben sich mit zehn im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt.

Die Bundespolizei führte 2019/20 zehn (2018/19: neun) sogenannte Bearbeitungsstraßen durch. Das Konzept ermöglicht umfangreiche präventive und repressive Maßnahmen gegen das polizeiliche Gegenüber binnen kürzester Zeit.



Szenenkundige Beamte der Bundespolizei

Mehr als 220 Mitarbeiter arbeiten bei der Bundespolizei als Szenenkundige Beamte (SKB). Die besonders qualifizierten Polizisten werden insbesondere beim (Fußball-)Fanreiseverkehr eingesetzt. Sie beschaffen und bewerten Informationen und erstellen Lageprognosen. Während des Einsatzes klären SKB gegen Risikogruppen auf und begleiten diese bei Bedarf. Zudem beraten sie den Polizeiführer und helfen bei der Identifizierung festgestellter Straftäter. Da Fanszenen sich vermehrt mit weiteren gesellschaftlichen Gruppen vermischen, werden SKB auch bei demonstrativen Anlässen eingesetzt, beispielsweise „Querdenker“, „HoGeSa“ oder Demonstrationen gegen die geplanten „Erweiterungen der Polizeibefugnisse“.



+ 12,9 %
1 169 2018/2019 ↗ 1 320 2019/2020

Einsatzanlässe

+ 7,6 %
2,6 Mio. 2018/2019 ↗ 2,8 Mio. 2019/2020

bahnreisende Fußballanhänger

+ 8,1 %
52 765 2018/2019 ↗ 57 025 2019/2020

eingesetzte Polizeivollzugsbeamte

+ 10,2 %
331 589 2018/2019 ↗ 365 498 2019/2020

Einsatzstunden

+ 14,4 %
658 2018/2019 ↗ 753 2019/2020

Straftaten

Um die Spielzeiten 2018/19 und 2019/20 vergleichen zu können, wurden die Betrachtungszeiträume angepasst (jeweils von Juli bis März).

Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamte

Angriffe auf Polizeivollzugsbeamte (PVB) sind 2020 im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen. Erstmals seit 2015 sank die Zahl auf unter 2 000. Insgesamt wurden 1 925 Bundespolizisten angegriffen, was einem Rückgang um 18,7 Prozent (2019: 2 370) entspricht. Begründen lässt sich der Rückgang mit den pandemischen Einschränkungen in 2020. Durch die Absage von Großveranstaltungen, Fußballspiele ohne Zuschauer sowie eingeschränkten Luft- und Bahnreiseverkehr gab es weniger Einsatzanlässe und damit einhergehend weniger Angriffe.

Die Angriffe erfolgten in 93,7 Prozent mittels körperlicher Gewalt, insbesondere Fußtritte, Faustschläge, Anspucken, Bisse sowie Kopf- und Körperstöße. Bei mehr als jedem zehnten Angriff nutzte der Angreifer ein Tatmittel – am häufigsten Gegenstände zum Schlagen oder Werfen. Auch Kraftfahrzeuge waren keine Seltenheit. In fünf Fällen wurden PVB mit Schusswaffen bedroht, diese jedoch nicht eingesetzt.

Am häufigsten erfolgten die Angriffe im täglichen Dienst, überwiegend bei Streifengängen, bei der Kriminalitätsbekämpfung und bei Rückführungen. Bei Veranstaltungen und Fußballereinsätzen gab es pandemiebedingt weniger Angriffe als in den Vorjahren.

Anlässlich von Unterstützungseinsätzen der Polizeien der Länder wurden 2020 insgesamt 90 Bundespolizisten angegriffen, deutlich mehr als 2019 (66).

Der Transport von Nuklearabfällen im November verlief vergleichsweise ruhig und ohne Übergriffe.

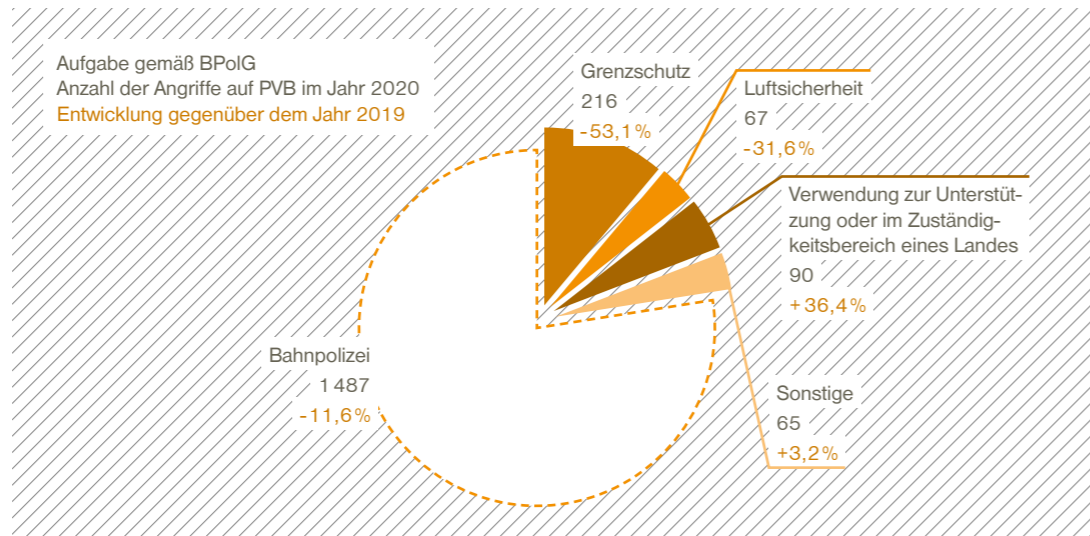
Die COVID-19-Pandemie hatte vielerlei Einflüsse auf die Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamte: Einerseits konnten aufgrund der eingeschränkten Bewegungsfreiheiten der Bevölkerung an den Bahnhöfen und an Grenzen weniger Angriffe gezählt werden. Andererseits führten die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, wie die Kontrollen zum Tragen der Mund-Nasen-Bedeckung, zu einem neuen Feld: 178 Angriffe standen hiermit im Zusammenhang.

In 86,8 Prozent der Fälle waren die Angegriffenen männlich, 13,2 Prozent weiblich. Knapp fünf Prozent waren Auszubildende. Jeder

fünfte angegriffene Polizist war mit einer Bodycam ausgestattet. Jeder vierte Beamte wurde verletzt (470) und mehr als jeder sechste davon war im Anschluss dienstunfähig (82).

Die Angreifer waren im Durchschnitt 31 Jahre alt und zu 79,8 Prozent männlich. Mehr als die Hälfte von ihnen stand zum Teil unter erheblichem Alkohol- (45,8 Prozent) oder Drogeneinfluss (10,4 Prozent). In 62,9 Prozent der Fälle waren die Angreifer polizeilich bekannt und bei 24,9 Prozent handelte es sich um Mehrfach- oder Intensivtäter.

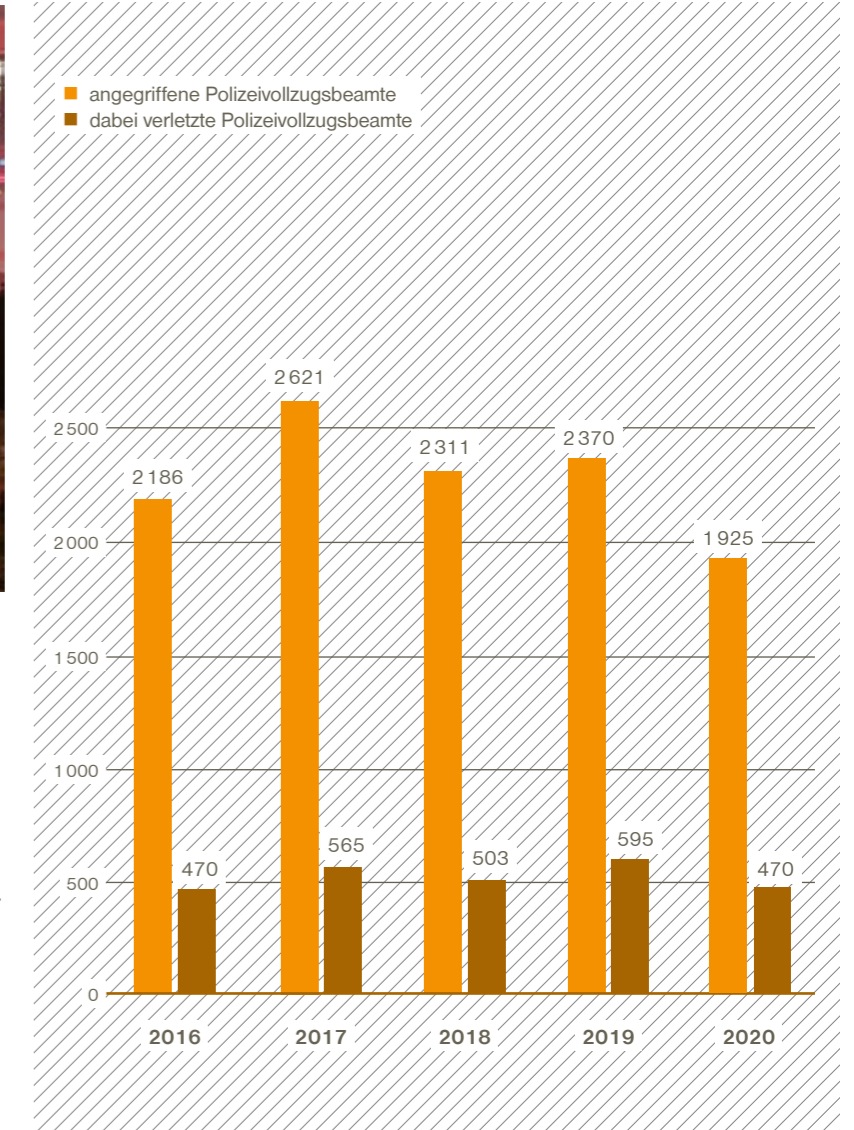
Die ermittelten Angreifer waren mit 68,4 Prozent überwiegend europäischer Nationalität und die Hälfte davon hatte die deutsche Staatsangehörigkeit.



„3er-Streifen“ an gewaltbelasteten Bahnhöfen

Im Jahr 2020 wurden – trotz der zum Teil erheblichen pandemiebedingten Einschränkungen im Bahnverkehr – 12 700 Gewaltdelikte auf Bahnhöfen festgestellt. Für Polizeibeamte stehen Widerstände und Angriffe auf der Tagesordnung. Als Reaktion darauf legte der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer, an sozialen, lage- und anlassbezogenen Brennpunkten und insbesondere an den großen Schwerpunktbahnhöfen Streifen in Stärke von mindestens drei Polizisten fest. Dies dient der präventiven Wirkung und stärkt die Durchsetzungsfähigkeit und Eigensicherung der Beamten.

Die regionalen Bundespolizeidienststellen bewerten die Bahnhöfe im jeweils eigenen Zuständigkeitsbereich hinsichtlich der Gewaltbelastung. Auf Grundlage dieser Bewertung werden an den Brennpunkten gezielt „3er-Streifen“ eingesetzt. Sie haben sich in der bahnpolizeilichen Aufgabe bewährt und werden lageabhängig fortgesetzt.



Migration

Nach den vorläufigen Angaben der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache Frontex wurden 2020 europaweit etwa 125 000 unerlaubte Grenzübertritte über die EU- und Schengen-Außengrenzen erfasst. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem Rückgang von 12 Prozent (141 846). Es handelt sich damit zugleich um den niedrigsten Jahreswert seit 2013. Das Jahr 2020 war von rückläufigen Feststellungen auf der Ostmediterranen Route nach Griechenland sowie von einem maßgeblichen Anstieg der illegalen Migration über die Zentralmediterrane Route nach Italien und die Westafrikanische Route auf die Kanarischen Inseln geprägt.

Die weltweiten Restriktionen im Reiseverkehr, die vorübergehenden Grenzkontrollen und innerstaatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie führten ab Mitte März bis Mai 2020 europaweit zu deutlichen Rückgängen der festgestellten unerlaubten Einreisen und der gestellten Asylanträge. Nach dem einstweiligen Höchststand von etwa 9 200 Feststellungen im August 2020 ging die Anzahl der unerlaubten Grenzübertritte bis September zunächst wieder zurück. Im November stiegen diese erneut deutlich auf 22 800, was zugleich den höchsten Monatswert 2020 darstellt. Während der Anstieg zur Jahresmitte auf Lockerungen in der Corona-Pandemie zurückging, lag der Rückgang ab August an konsequenten (grenz-)polizeilichen Maßnahmen entlang der Hauptmigrationsrouten (Griechenland, Türkei, Tunesien, Marokko) sowie an der ungünstigen

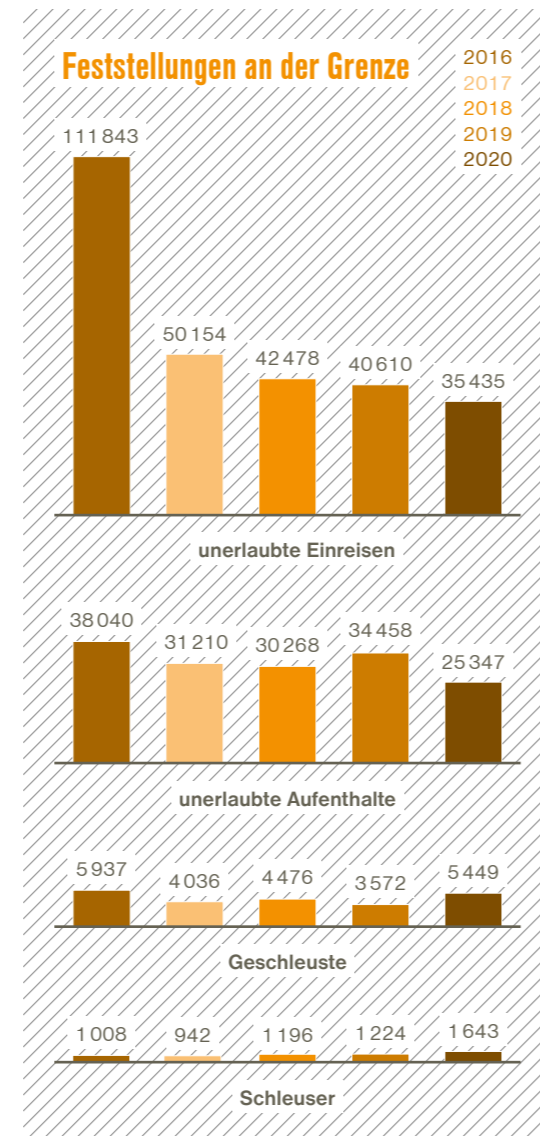
Witterung für Seewegschleusungen und Überfahrten, vor allem im zentralen Mittelmeer. Der Anstieg ab Oktober war insbesondere auf die verstärkte Nutzung der Westafrikanischen Route zu den Kanarischen Inseln sowie auf Abfahrten aus Algerien über die Westmediterrane Route auf die Iberische Halbinsel zurückzuführen.

Im Jahr 2020 stiegen die Überfahrten zu den Kanarischen Inseln um mehr als das Achtfache an, von etwa 2 700 Personen 2019 auf mehr als 23 000.

Die festgestellten unerlaubten Grenzübertritte über die Ostmediterrane Route aus der Türkei nach Griechenland sanken 2020 um 76 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf ein vergleichsweise niedriges Niveau. Trotz dieses Rückgangs lag die Zahl der Sekundärmigration in der Balkanregion deutlich über dem des Vorjahres. Die illegale Migration über die Balkanregion setzte sich aus der Sekundärmigration aus Griechenland und aus den sich in den Westbalkanstaaten aufhaltenden Migranten zusammen.

Der Schwerpunkt der grenzpolizeilichen Aufgabe lag hinsichtlich unerlaubter Einreisen und Schleusungen 2020 an den süd- und südöstlichen Grenzen Deutschlands zu Österreich und Tschechien.

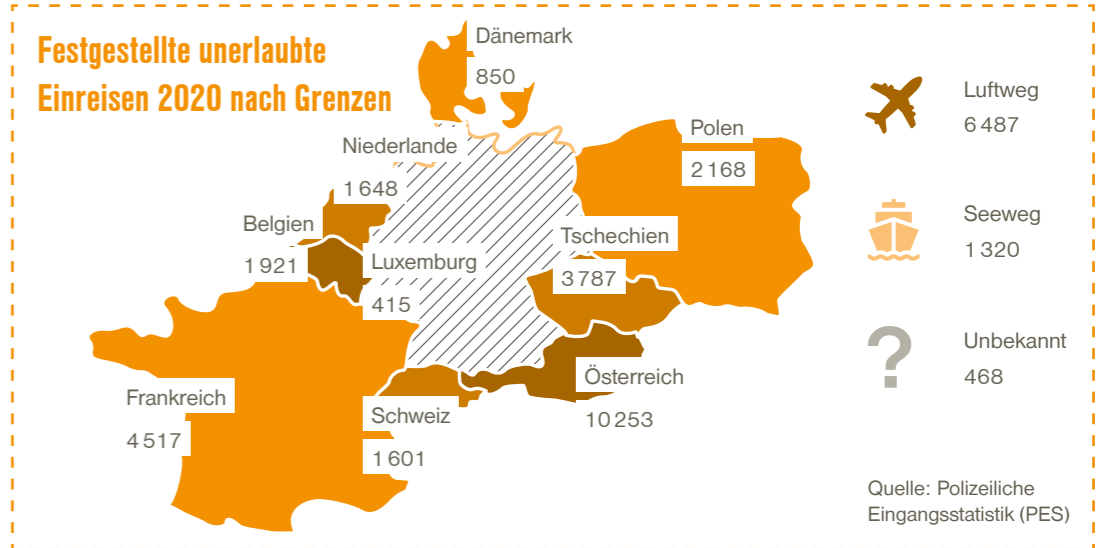
Zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie unterlagen Reisen für Drittstaatsangehörige in die EU erheblichen Restriktionen. Neben zeitlich befristeten Binnengrenzkontrollen



beschränkten zahlreiche Mitgliedstaaten die Bewegungsfreiheit (Ausgangssperren) und schlossen Einrichtungen, zum Beispiel in Gastronomie oder Tourismus. Lediglich die Einreise systemrelevanter Arbeitskräfte, beispielsweise medizinisches Personal und Pflegekräfte, sowie der grenzüberschreitende Warenverkehr waren erlaubt.

Auch Deutschland führte vom 16. März bis zum 14. Juni 2020 Kontrollen an ausgewählten Grenzübergängen durch. Diese veränderte grenzpolizeiliche Situation wirkte sich auch auf Reise- und Migrationsbewegungen und Schleusungen aus. Im genannten Zeitraum gingen die festgestellten unerlaubten Einreisen deutlich zurück und stiegen anschließend auf das ursprüngliche Niveau. Einzig die Grenze zu Frankreich bildete eine Ausnahme: Die festgestellten (versuchten) unerlaubten Einreisen blieben annähernd auf gleichem Niveau. Ursächlich hierfür waren der zunächst beabsichtigte grenzüberschreitende Individualreiseverkehr („Grenzpendler“) und die hohe Zahl zurückreisender Arbeitsmigranten in ihre Herkunftsländer, die pandemiebedingt abgewiesen oder denen formell die Einreisen (zum Zwecke des Transits) verweigert wurden.

Im zweiten Halbjahr 2020 war ein signifikanter Anstieg an (Behältnis-)Schleusungen zu verzeichnen, der ebenfalls auf die europaweiten Lockdown-Maßnahmen zurückzuführen war. Migranten verblieben vorübergehend in den jeweiligen (Aufnahme-)Einrichtungen, in



denen sie sich zum Zeitpunkt des Beginns der staatlichen Maßnahmen aufhielten. Dies führte – insbesondere in den Balkanstaaten – dazu, dass migrationswillige Personen nicht länger die etablierten Routen nutzen konnten. Durch die Reisebeschränkungen und wiedereingeführten Grenzkontrollen waren die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel und der Individualverkehr weitgehend nicht oder nur eingeschränkt möglich. Dementsprechend nahmen Schleusungen im grenzüberschreitenden Warenverkehr beispielsweise mit Lastkraftwagen zu.

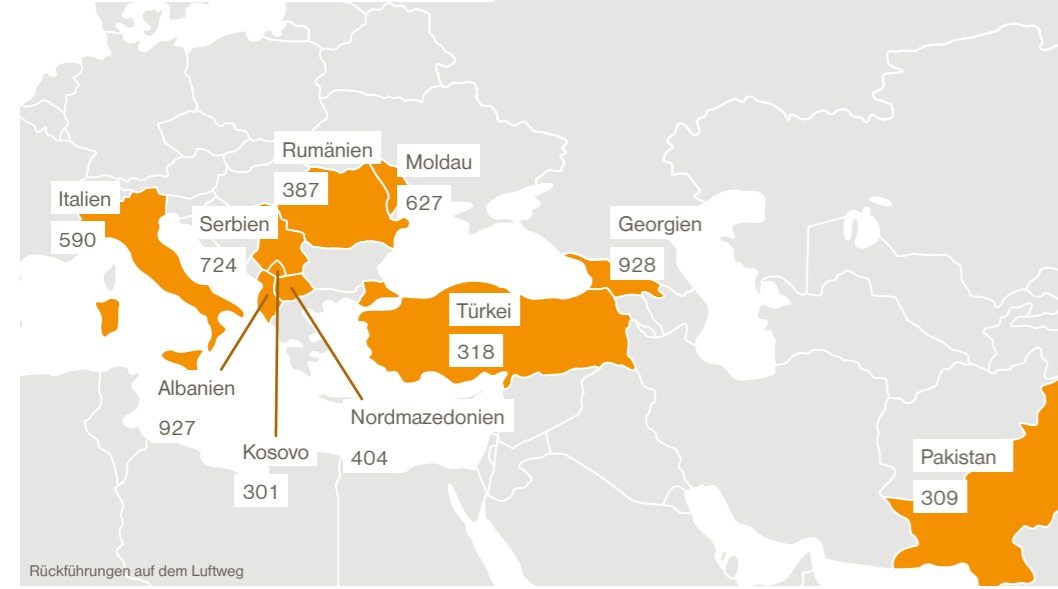
An den nördlichen Grenzen stiegen von Juli bis zum Jahresende 2020 die unerlaubten Einreisen vor allem afghanischer und irakischer Staatsangehöriger auf dem Land- und Seeweg an. Es handelte sich dabei hauptsächlich um Menschen mit abgelehntem Asylantrag durch schwedische Behörden.

Im Luftverkehr war 2020 die illegale Sekundärmigration von Personen auf Flügen aus Griechenland nach Deutschland hervorzuheben. Nachdem von April bis Mai der Flugreiseverkehr aufgrund der COVID-19-Pandemie nahezu vollständig ausgesetzt worden war, fiel auch der saisonale Rückgang der Verbindungen Ende Oktober pandemiebedingt deutlich stärker aus. Insgesamt ging der Flugverkehr um fast 40 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zurück. Gleichwohl stiegen die festgestellten unerlaubten Einreisen aus Griechenland nach der teilweisen Wiederaufnahme des Passagierflugverkehrs sprunghaft an, ließen zum Jahresende jedoch wieder deutlich nach.

2020 sanken unter dem Einfluss der Corona-Pandemie die festgestellten unerlaubten Einreisen um 13 Prozent auf 35 435 (2019: 40 610). Der Anteil an geschleusten Personen erhöhte sich von neun Prozent in 2019 auf 15 Prozent in 2020 deutlich.

Rückführungen

Zielstaaten der Rückführung – Top 10



Im Jahr 2020 wurden von 30 701 geplanten Rückführungen 13 683 auf dem Land-, Luft- und Seeweg vollzogen. 7 989 „Personenbegleiter Luft“ (PBL) der Bundespolizei, 475 Begleitkräfte der Länder und 911 Begleitkräfte der Zielstaaten oder Luftverkehrsgesellschaften waren im Einsatz.

10 503 Rückführungen erfolgten auf Veranlassung der Länder und 3 180 auf eigene Veran-

lassung. Die Bundespolizei verfügte Ende 2020 über 1 732 PBL, von denen 1 473 einsetzbar waren.

Hauptursächlich für die Diskrepanz zwischen den geplanten und vollzogenen Rückführungen war auch 2020, dass zur Abschiebung vorgesehene Personen der Bundespolizei aus unterschiedlichsten Gründen am Flugtag nicht zur Rückführung übergeben wurden.

Rückführungen

30 701
geplante

13 683
vollzogene

10 503
für die
Länder

3 180
für die
Bundespolizei

22 097
2019



10 800
2020

Abschiebungen

2 934
2019



2 883
2020

Zurückschiebungen

1 638
2019



1 732
2020

Personenbegleiter Luft

Humanitäre Aufnahmeverfahren

Aufgrund der weltweiten Einschränkungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie konzentrierten sich die humanitären Aufnahmeverfahren im Jahr 2020 auf Maßnahmen innerhalb der EU.

Gemeinsam mit anderen EU-Mitgliedstaaten unterstützte Deutschland im Jahr 2020 Malta und Italien und übernahm die Zuständigkeit für die Durchführung der Asylverfahren einer Vielzahl von aus Seenot geretteten Menschen. Zusätzlich nahm Deutschland im Rahmen bilateraler Sonderaufnahmeverfahren sowohl bereits anerkannte Schutzberechtigte als auch Personen, bei denen die Bearbeitung der Asylverfahren durch deutsche Behörden übernommen wurde, aus Griechenland auf. Um das Sicherheitsniveau in diesen Verfahren zu steigern, führten die Bundespolizei, das Bundesamt für Verfassungsschutz und das Bundeskriminalamt gemeinsame Befragungen vor Ort durch. 2020 wurden insgesamt 91 Bundespolizisten für diese Befragungen nach Griechenland (Sonderaufnahmeverfahren) sowie Malta und Italien (Seenotrettung) entsandt.

Im Jahr 2020 sind im Rahmen der humanitären Aufnahmeverfahren unter Beteiligung der Bundespolizei insgesamt 2 026 Personen in Deutschland aufgenommen worden.



Zuverlässigkeits- und Sicherheitsüberprüfungen

In der Bundesrepublik Deutschland sind mehr als 635 Ausländerbehörden für die Erteilung, Verlängerung und Versagung von Aufenthaltstiteln, Duldungen und Aufenthaltsgestattungen zuständig. Das hierfür grundlegende Verfahren, die Aufenthaltsrechtliche Zuverlässigkeitsprüfung, stützt sich auf § 73 Abs. 2 Aufenthaltsgesetz und dient der Feststellung von Versagungsgründen oder sonstigen Sicherheitsbedenken.

Dafür erfragen die Ausländerbehörden auf elektronischem Weg bei den gesetzlich festgelegten Sicherheitsbehörden, ob Erkenntnisse vorliegen, die gegen einen Aufenthalt des Antragsstellers in Deutschland sprechen. Alle Anfragen und Antworten werden zentral über das Bundesverwaltungsamt gesteuert.

2020 hat die Bundespolizei in diesem Konsultationsverfahren insgesamt 686 613 Personendatensätze mit einer Trefferquote von 7,7 Prozent bearbeitet. Dies entspricht 52 822 Erkenntnissen, die zuvor bei den Entscheidungen der Ausländerbehörden über die Erteilung oder Verlängerung von Aufenthaltstiteln keine Berücksichtigung fanden.

Weiterhin wurde die Bundespolizei mit Änderung des Luftsicherheitsgesetzes im Mai 2010 als Regelabfragebehörde im luftsicherheitsrechtlichen Zuverlässigkeitsüberprüfungsverfahren etabliert. Bis zum Ende des Jahres bearbeitete die Bundespolizei 27 347 Datensätze für die Luftsicherheitsbehörden gemäß § 7 Luftsicherheitsgesetz. Hierbei wurden 314 Treffer festgestellt.

Luftsicherheitskontrollen

Trotz des pandemiebedingten Rückgangs des weltweiten Luftverkehrs führte die Bundespolizei 2020 knapp 22 Millionen Luftsicherheitskontrollen durch. Die Kontrollprozesse sowie die Luftsicherheitsausrüstung wurden im Verlauf des Jahres mehrmals an die aktuellen Erkenntnisse zur Gesunderhaltung der Fluggäste und Luftsicherheitsassistenten angepasst.

Bei den durchgeführten Kontrollen konnten durch das Personal und die Kontrolltechnik der Bundespolizei 156 482 Gegenstände festgestellt werden, die nach dem Luftsicherheitsgesetz verboten sind.

Neben den Luftsicherheitskontrollen wird durch die Bundespolizei auch der Schutz des Luftverkehrs vor Angriffen auf das Flughafengelände gewährleistet. Dazu bestreifen Polizeivollzugsbeamte das gesamte Flughafengelände inklusive Vorfeld.



156 482

bei Luftsicherheitskontrollen
festgestellte verbotene
Gegenstände



67
Schusswaffen



965
Schusswaffen-
nachbildungen



698
Munitionsteile und
pyrotechnische
Erzeugnisse



133 131
im Handgepäck



22 059
im Reisegepäck



1 292
an Personen

Passenger Name Records



Die Verarbeitung von Passagierdaten (Passenger Name Records – PNR), nach dem Fluggastdatengesetz beruht auf der europäischen Richtlinie (EU) 2016/681. Sie dient der Verhütung, Aufdeckung, Ermittlung und Verfolgung von terroristischen Straftaten und schwerer Kriminalität.

24 Flughäfen wenden das behördenübergreifende Verfahren an, das den kommerziellen, zivilen, grenzüberschreitenden Flugverkehr erfasst. Das Bundeskriminalamt übermittelte 2020 insgesamt 25 280 PNR-Folgemaßnahmen an die Leitstelle im Bundespolizeipräsidium. Trotz der pandemiebedingten deutlich rückläufigen Passagierzahlen ist dies ein Anstieg von 131,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr (10 900).

2020 vollstreckte die Bundespolizei auf dieser Grundlage 813 Haftbefehle¹ und bearbeitete 547 Personentreffer¹ mit Bezug zur Politisch motivierten Kriminalität. Grenzpolizeiliche Unterstützungsbeamte Ausland und Dokumenten- und Visumberater schlossen in 249 Fällen Personen bereits im Ausland von einer Beförderung aus und verhinderten dadurch die unerlaubte Einreise über den Luftweg. Mit einem Anteil von 58 Prozent bildete der Schengen-Binnenverkehr den Schwerpunkt dieser Feststellungen.

PNR hat sich in der Bundespolizei als effiziente Ergänzung zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität bewährt.

¹ Inklusiv der durch die Bundespolizei im Rahmen der Informationsverdichtung identifizierten Haftbefehle und Fahndungsnotierungen zu Personen und/oder Sachen.

Länderspezifisches Informations- und Erkenntnissystem

Das Länderspezifische Informations- und Erkenntnissystem (LIES) ist ein speziell für Grenzkontrollbeamte entwickeltes Informationsportal. Die Nutzung bietet die Möglichkeit, alle verfügbaren Informationen über ein Reisedokument abzurufen. LIES ist alphabetisch nach Ländern gegliedert und enthält aktuelle Warnhinweise. In wenigen Schritten wird angezeigt, welche Einreisevoraussetzungen die Person, die das Dokument besitzt, erfüllen muss und was der Kontrollbeamte bei der Prüfung zu beachten hat. Die Anwendung ist nicht nur für die Kontrollebene an den Flughäfen interessant, sondern auch für Nutzer, die grenzpolizeiliche Informationen übersichtlich aufbereitet benötigen. Die zentrale Verarbeitung und übersichtliche Bereitstellung von Informationen über Länder und Dokumente verbessert die Kontrollqualität erheblich. LIES ist mit monatlich etwa 2,4 Millionen Aufrufen das Tool für die 1. Kontrolllinie.



Projektgruppe Smart Borders Bundespolizei

„Smart Borders“ steht für ein umfassendes Reformprogramm der EU. Das Projekt beinhaltet im Kern die zukunftsfähige Umsetzung verschiedener Rechtssetzungsakte der EU in eine moderne und leistungsfähige IT-Landschaft für die Grenzkontrolle. Hierzu zählen insbesondere das Einreise-/Ausreisensystem (EES – Entry-Exit-System) und das Reiseinformations- und Genehmigungssystem (ETIAS – European Travel Information and Authorisation System) sowie die Neugestaltung der gesamten IT-Architektur auf EU-Ebene auf der Grundlage der Rechtsakte zur Interoperabilität.

Die Umsetzung von ETIAS ist eine der Hauptaufgaben der Projektgruppe Smart Borders der Bundespolizei. Visumbefreite Drittstaatsangehörige¹ werden bereits vor der Einreise in das Schengengebiet registriert und überprüft. Der Start ist für Dezember 2022 vorgesehen. Das Verfahren soll die Sicherheit erhöhen, schwere Straftaten wie Terrorismus und illegale Migration verhindern und zur Epidemievorsorge beitragen. Eine gültige ETIAS-Reisegenehmigung wird als zusätzliches Kriterium der Einreisevoraussetzungen für visumbefreite Drittstaatsangehörige in den Schengener Grenzkodex aufgenommen. Sie stellt allein noch keine Einreisegarantie dar.

Seit Januar 2020 arbeitete die Projektgruppe gemeinsam mit dem Bundesverwaltungsamt, dem Bundeskriminalamt, dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und dem

Informationstechnikzentrum Bund an der behördenübergreifenden, nationalen ETIAS-Vorstudie. Alle Beteiligten brachten ihre jeweilige fachliche Expertise ein. Das Ziel dieser Vorstudie war es, die Kernprozesse zu beschreiben und die Erfordernisse für die Umsetzung auf nationaler Ebene zu definieren. Dieses Ziel konnte erreicht werden.



Das Teilprojekt ETIAS hat damit den ersten Meilenstein erreicht. Die Implementierungsphase hat nunmehr begonnen. Ziel ist es, dass die nationale ETIAS-Stelle der Bundespolizei ab September 2022 für erste Tests eingerichtet ist.

Gefördert aus Mitteln des
Fonds für die innere Sicherheit
der Europäischen Union



Projekt Unbemannte Luftfahrzeuge



Die Projektgruppe Unbemannte Luftfahrzeuge (UAS) wurde 2020 ins Bundespolizeipräsidium verlagert. In den Teilprojekten UAS Einsatz/Betrieb, UAS Forensik und UAS Abwehr werden die konzeptionellen Grundlagen geschaffen.

Mittelfristig sollen sich UAS als ergänzendes Einsatzmittel in allen Aufgaben der Bundespolizei etablieren und unkooperative UAS effektiv abgewehrt werden können. Missbräuchlich verwendete UAS werden bereits jetzt forensisch ausgewertet.

Höchste Priorität genießt dabei die Abwehr von UAS durch die Bundespolizei an den 13 in ihrer Zuständigkeit befindlichen Flughäfen. Dazu werden neue Lösungen kontinuierlich auf Eignung getestet. Zudem wird aktuell das Forschungsprojekt „Falke“ am Flughafen Hamburg unter Beteiligung der Bundespolizei mit dem Ziel umgesetzt, eine technische Gesamtlösung zur Abwehr von UAS zu konzipieren, die als Blaupause für andere Flughäfen dienen kann.

Sicherheitsbahnhof Berlin Südkreuz

Nach den Tötungsdelikten im Hauptbahnhof Frankfurt am Main und im Bahnhof Voerde 2019 haben das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie die Deutsche Bahn AG und die Bundespolizei zusätzliche Maßnahmen eingeleitet, um die Sicherheit in Bahnhöfen weiter zu steigern.

Eine dieser Maßnahmen war die Einrichtung des „Sicherheitsbahnhofs Berlin Südkreuz“. Das gemeinsame Forschungsprojekt der Bundespolizei und der Deutschen Bahn AG entwickelt technische und bauliche Möglichkeiten zur Erhöhung der Sicherheit auf den Bahnsteigen und verbessert die Krisenfestigkeit der kritischen Infrastruktur Bahn.

Dabei werden insbesondere Bahnsteigbarrieren und sensortechnikunterstützte Zugangskontrollen, die Weiterentwicklung der Intelligenzen Videoanalysetechnik sowie die Einrichtung eines gemeinsamen Sicherheitslabors – in dem alle relevanten Informationen im Sinne eines präventiven Risikomanagements zur frühzeitigen Gefahrenabwehr ineinanderfließen – zusammengeführt und bewertet. Die geeignetsten Maßnahmen sollen erprobt und im Realbetrieb unter wissenschaftlicher Begleitung getestet werden.



Deliktsbereiche

569 702

Straftaten
im Zuständigkeitsbereich
der Bundespolizei
1,2 % weniger als
2019 (576 696)

Erschleichen von Leistungen

-0,0 %

190 223
2019 190 191
2020

nach Waffengesetz

-16,6 %

3 680
2019 3 068
2020

nach Aufenthaltsgesetz

-15,5 %

150 929
2019 127 472
2020

nach Betäubungsmittelgesetz

-1,9 %

21 951
2019 21 527
2020

Hausfriedensbruch

-4,6 %

18 518
2019 17 666
2020

Betrug

+99,0 %

34 634
2019 68 919
2020

Urkundenfälschungen

-8,6 %

17 337
2019 15 853
2020

Gewaltdelikte

-10,1 %

22 645
2019 20 349
2020

davon Körper-
verletzungsdelikte

-11,7 %

14 021
2019 12 387
2020

davon Widerstand gegen
Vollstreckungsbeamte

-12,5 %

2 600
2019 2 276
2020

davon tätlicher Angriff auf
Vollstreckungsbeamte

-9,6 %

1 181
2019 1 068
2020

Sexualdelikte

+2,1 %

1 486
2019 1 517
2020

Diebstahlsdelikte

-24,5 %

51 089
2019 38 596
2020

davon Taschen- und
Handgepäckdiebstahl

-36,2 %

22 451
2019 14 318
2020

davon aus Fahraus-
weisautomaten

-16,9 %

379
2019 315
2020

Sachbeschädigungen

+7,7 %

30 395
2019 32 742
2020

davon Graffiti

+16,1 %

16 634
2019 19 306
2020

Sonstige

-5,9 %

33 809
2019 31 804
2020

Festgestellte Delikte gegen das Betäubungsmittelgesetz

	2020	Anteil an Gesamt	davon Abgabe an		
			die Landespolizei	den Zoll	Gesamt
Gesamt	21 527		65,9 %	26,9 %	92,8 %
im Grenzgebiet bis zu einer Tiefe von 30 km	7 870	36,6 %	24,4 %	67,4 %	91,9 %
am Grenzübergang	774	3,6 %	26,7 %	42,0 %	68,7 %

Es wurden hierbei meist Cannabiserzeugnisse, aber auch Amphetamine, Ecstasy, Heroin, Kokain, Methamphetamin und viele andere Rauschmittel festgestellt.

Prävention und Opferschutz

Bahnunfallprävention

Bahnanlagen üben auf Kinder und junge Menschen oft eine große Faszination aus. Um Unglücke zu vermeiden, engagiert sich die Bundespolizei mit verschiedenen Organisationen in der Unfallprävention. Gemeinsam mit der Deutschen Bahn AG sensibilisiert sie zu den bestehenden Gefahren und klärt zum richtigen Verhalten auf Bahnanlagen auf. In Veranstaltungen und persönlichen Gesprächen informiert die Bundespolizei Erziehungsberechtigte, Lehrer und Pädagogen sowie das Personal der kommunalen Jugendarbeit. Durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie über die Social-Media-Kanäle erreichen die Botschaften auch viele weitere Zielgruppen. Die wichtigste Botschaft ist: Es ist verboten, Gleisanlagen zu betreten!



Kriminalprävention

Die Bundespolizei sorgt zusammen mit den Eisenbahnverkehrsunternehmen bundesweit für die Sicherheit in Zügen und auf Bahnhöfen. Neben einer bürgernahen Polizeiarbeit engagiert sie sich für zielgerichtete Videoüberwachung und eine sichere Gestaltung von Bahnsteigen. Aufgrund der COVID-19-Pandemie nahmen im Jahr 2020 kriminalpräventive Botschaften im Fernsehen, in Zeitungen und im Internet weiter an Bedeutung zu. Als Ansprechpartner vor Ort setzt die Bundespolizei 131 Präventionsbeauftragte ein, davon 64 im Haupt- und 67 im Nebenamt. Unter www.bundespolizei.de/beratung informiert die Bundespolizei zu Präventionsthemen und gibt Hinweise für Bürger.

Opferschutz

Nicht jede Straftat oder jeder Unfall kann trotz polizeilicher Präventionsarbeit verhindert werden. Um deren Folgen für Betroffene möglichst gering zu halten, setzt die Bundespolizei 89 besonders qualifizierte Opferschutzbeauftragte ein. Diese unterstützen die Opfer in der ungewohnten Situation eines Strafverfahrens, helfen dabei ihre Rechte zu nutzen und vermitteln weiterführende Hilfs- und Unterstützungsangebote. Zudem schulen sie Bundespolizisten im Streifendienst in einem fürsorglichen Umgang mit Opfern.



Oft genug kommt es vor, dass Menschen die Gefahren im Bahnverkehr unterschätzen und sich in Lebensgefahr begeben.

@DB_Presse und #BPOL #NRW führten Gespräche am #Hauptbahnhof #Neuss mit Kindern und Jugendlichen.

Mehr dazu ► presseportal.de/blaulicht/pm/7...



Endlich #Sommerferien 😎 Haben Sie schon alles vorbereitet? Egal wohin es geht, schützen Sie sich vor Dieben & Betrügern.

Tipps der Polizeilichen Kriminalprävention, damit Sie sicher in den #Urlaub reisen ► bit.ly/3eqOLeV

#WirSindSicherheit auch in der #Reisezeit



Je weniger rote Streifen auf dem Schild, desto näher kommt der Bahnübergang. Nähere dich langsam und prüfe ob kein Zug kommt bevor du die Gleise überquerst. *M

#Bundespolizei #SicherzurSchule #Schulanfang #Schulweg #SicheraufBahnanlagen #RailActionWeek



Ermittlungen



Der Strafverfolgungsanspruch des Staates – und damit ein geordnetes und zielgerichtetes Strafverfahren – erfordert professionelle Ermittlungsarbeit. Die 61 Ermittlungsdienste der Bundespolizeiinspektionen bilden hierfür das Rückgrat in der Bundespolizei. Den Schwerpunkt stellt die Bekämpfung der Schleusungs-, Gewalt- und Eigentumskriminalität dar. Zudem ermitteln neun Bundespolizeiinspektionen Kriminalitätsbekämpfung in Verfahren von herausragender Bedeutung, beispielsweise in der Organisierten Kriminalität.

Für einfach gelagerte Delikte sind derzeit fünf Zentrale Bearbeitungsstellen für Fahrgelddelikte (ZBFD) sowie vier Zentrale Bearbeitungsstellen für Massendelikte zuständig. Deren Arbeitsaufkommen ist beachtlich. Die ZBFD Ahlbeck in Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise bearbeitete 2020 etwa 2 600 von den Staatsanwaltschaften in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern sowie Niedersachsen und Stuttgart geführte Verfahren des Erschleichens von Leistungen. Es wurden Geldstrafen in Höhe von knapp 1,45 Millionen Euro verhängt. In rund 160 Verfahren verhängten die Gerichte – rein rechnerisch – mehr als 56 Jahre Freiheitsstrafe zur Bewährung. In 82 Fällen wurden Freiheitsstrafen von insgesamt 57 Jahren ohne Bewährung ausgesprochen.

Mobile Fahndungseinheiten

Die Mobilen Fahndungseinheiten (MFE) sind die „Informationsbeschaffer“ bei der Kriminalitätsbekämpfung. Sie werden bei der verdeckten Aufklärung, Fahndung und Observation sowie zum Schutz und zur Sicherung verdeckter polizeilicher Maßnahmen eingesetzt.

Durch die bundesweite Verteilung, fortlaufende Fortbildung und besondere Ausstattung stehen die MFE auch für offene Einsätze zur Bewältigung von Anschlag- und Bedrohungsszenarien, insbesondere für Fahndungen und als Zugriffs- und Interventionskräfte bereit. Hierdurch wird die Reaktionsfähigkeit der Bundespolizei gestärkt und die Spezialkräfte werden unterstützt.



Kriminaltechnik

Die Kriminaltechnischen Dienste der Bundespolizei tragen neben den Ermittlungsdiensten und den Mobilen Fahndungseinheiten wesentlich zur Rekonstruktion des Tatgeschehens und der Ermittlung von Straftätern bei. Zu deren Hauptaufgaben gehören das Suchen, Sichtbarmachen, Sichern und Bewerten von Spuren an Tatorten, wie Finger- und Schuhauflflächenabdrücke oder Werkzeugspuren. Alle Kriminaltechnischen Dienste sind mit Tatort-Kraftfahrzeugen ausgestattet, welche eine qualifizierte Spurensicherung vor Ort ermöglichen. Darüber hinaus verfügen sie über umfangreich ausgestattete Labore, um weitergehende chemische, physikalische und

chemisch-physikalische Spurensicherungen durchführen zu können.

Auch zur Bekämpfung von Urkundendelikten, beispielsweise bei der Bewertung von Dokumenten, für den Erkennungsdienst und zur polizeilichen Identitätsprüfung sowie der forensischen Sicherung digitaler Spuren werden Beamte des Kriminaltechnischen Dienstes eingesetzt.

Die Kriminaltechniker können binnen kürzester Zeit bundesweite Tat- und Ereignisorte erreichen und sind in der Lage, bei größeren Schadens- und Unglücksfällen das Bundeskriminalamt sowie die Polizeien der Länder zu unterstützen.



+ 21,8 %

101
2019



123
2020

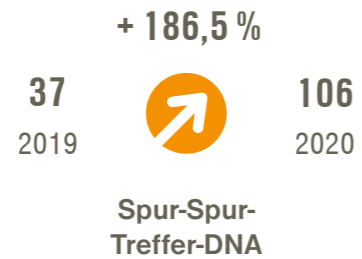
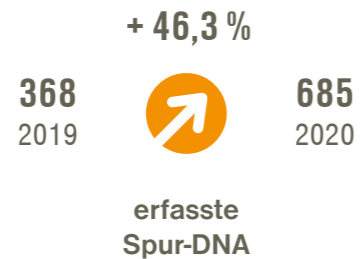
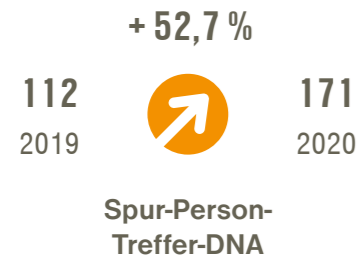
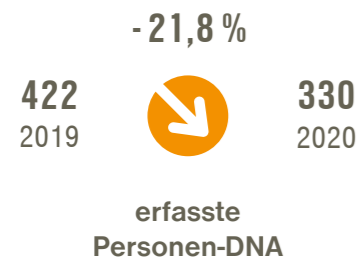
internationale DNA-Treffer im Rahmen des Prümer Vertrags

Der Vertrag von Prüm regelt gegenseitige und automatisierte Abgleiche von DNA-Datensätzen, Fingerabdrücken und Kfz-Kennzeichen der EU-Staaten.

Fortbildung der Kriminaltechniker

Die kriminaltechnische Spezialfortbildung wird an der Bundespolizeiakademie in Lübeck durchgeführt. Die Inhalte fußen dabei insbesondere auf den Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Standards in der sichernden Kriminaltechnik“ sowie den Vorgaben der Rahmendienstanweisung Kriminaltechnik/Erkennungsdienst.

Neben der Ausbildung der eigenen Kriminaltechniker unterstützte die Bundespolizei im vergangenen Jahr das Bundeskriminalamt bei der Fortbildung der Urkundensachverständigen sowie bei der Aufbau- und Spezialbefähigung der Kriminaltechniker. Zudem wurde das Personal der daktyloskopischen Laboreinrichtungen der Bildungs- und Wissenschaftszentren der Generalzolldirektion geschult. Fächerübergreifende Fortbildungen zu Themen wie „Spurensicherung

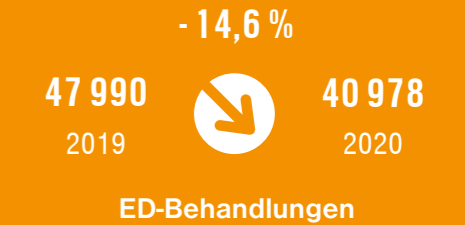
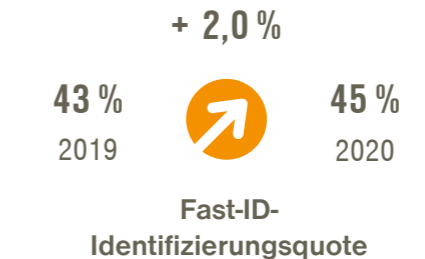
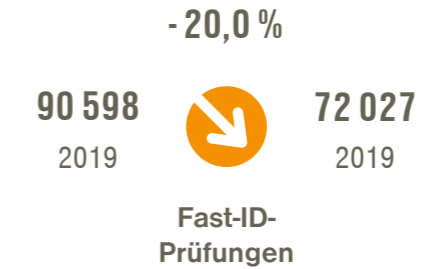
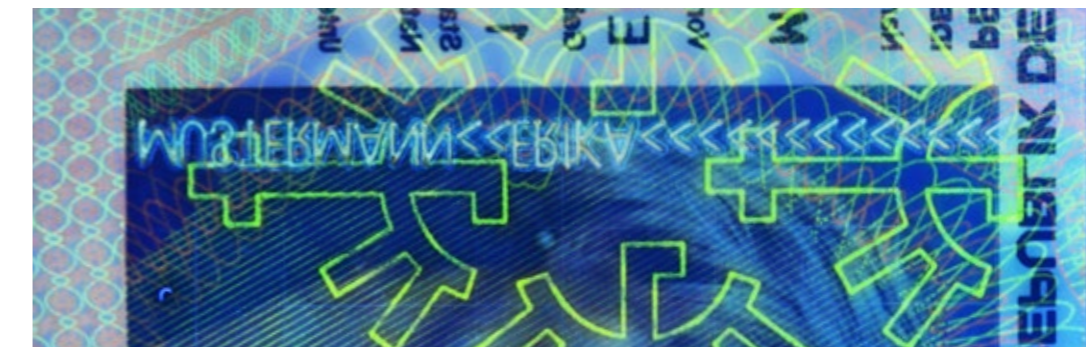


in USBV*-Lagen“, Entschärferwesen sowie „Beweissicherung unter Wasser“ für Polizeitaucher gehörten ebenfalls zum Angebot.

Auch Schulungen des kriminaltechnischen Personals zur Bearbeitung von Piraterielagen auf See wurden durchgeführt. Das Lehrpersonal berät zudem regelmäßig die Fachanwender vor Ort und unterstützt teilweise bei Einsatzmaßnahmen.

Die Fortbildung im Bereich der digitalen Kriminaltechnik, beispielsweise in der Auswertung der Informations- und Kommunikationstechnik sowie der automotiven Informationstechnik, wird künftig eine wesentliche Rolle einnehmen.

* Unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtung, auch Brand- oder Sprengladung genannt



Computer Emergency and Response Team der Bundespolizei



Das Jahr 2020 stellte das Computer Emergency and Response Team (CERT) vor bekannte und neue Herausforderungen.

Das sogenannte Incident Management (Störungsmanagement) erfasste 2 220 sicherheitsrelevante Vorfälle. In 89 Fällen wurden direkte Angriffe auf die Infrastruktur der Informationstechnik erfolgreich abgewehrt. 745 E-Mails mit schadhafte Inhalten konnten blockiert und eine Manipulation des Bundespolizeinetzes konnte verhindert werden.

Im Durchschnitt wurde alle sieben Minuten ein sicherheitsrelevantes Ereignis im Netz der Bundespolizei gemeldet – insgesamt: 175 142. Das bedeutet eine Zunahme um 203 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Der eklatante Anstieg ist zurückzuführen auf den stetigen Ausbau der Sensorik. Die gesamte Netzinfrastruktur meldete 555 534 zu prüfende sicherheitsrelevante Ereignisse. Statistisch gesehen stellte die Bundespolizei jede Minute einen potenziellen Angriff auf die eigene Informations- und Kommunikationstechnik fest.

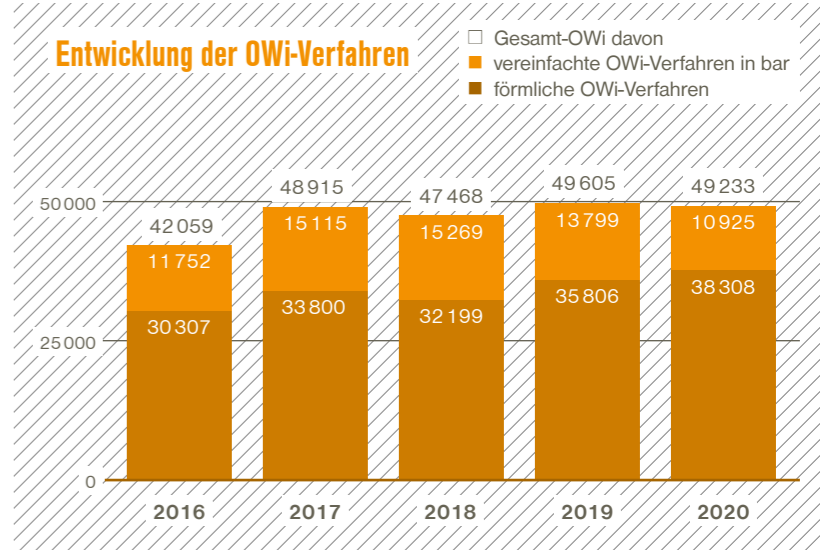
Gebührenverordnung

Im ersten Jahr nach der Einführung der „Besonderen Gebührenverordnung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat für individuell zurechenbare öffentliche Leistungen in dessen Zuständigkeitsbereich“ hat die Bundespolizei 22 398 gebührenrelevante Vorgänge erfasst. Neben Gewahrsamsanordnungen und Identitätsfeststellungen stellten die präventiven erkennungsdienstlichen Behandlungen sowie Platzverweise die mengenmäßig häufigsten Gebührentatbestände dar. Die Summe der erhobenen Gebühren belief sich auf etwa 422 000 Euro.

Viele Bescheide mussten öffentlich zugestellt werden, da die Gebührenschuldner keinen festen Wohnsitz besaßen oder die Adressen nicht ermittelt werden konnten. In diesen Fällen war nur selten ein Zahlungseingang zu verzeichnen; zudem waren viele der Gebührenschuldner mittellos. Die Forderungsausfälle lagen 2020 bei 40 Prozent.

Die Kosten sollen nicht der Allgemeinheit, sondern der Person in Rechnung gestellt werden, die den Polizeieinsatz ausgelöst hat.

Bußgeldstelle



Im Jahr 2020 hat die Bundespolizei 49 233 Ordnungswidrigkeiten (OWi) festgestellt. Davon wurden 10 925 OWi durch Zahlung eines Verwarnungsgeldes bar vor Ort erledigt. Einnahmen in Höhe von 1 811 000 Euro konnten dem Bundeshaushalt aus OWi-Verfahren zugeführt werden. Den Schwerpunkt bildete mit 9 226 Vorgängen die bahnpolizeiliche Aufgabe. Die höchsten Einnahmen von 987 749 Euro ergaben sich aus Verstößen gegen die Fluggastdatenübermittlung. Dabei kamen Luftfahrtunternehmen ihrer Meldepflichtung nicht nach, Daten von Passagieren auf Flügen über die Schengen-Außengrenzen ins Bundesgebiet an die Bundespolizei zu übermitteln.

Wird das Verwarnungsgeld nicht sofort bar bezahlt, übernimmt die Zentrale Bußgeldstelle der Bundespolizei die Ahndung. Sie befindet sich an zwei Standorten: Halle (Saale) und Schwandorf. Die 25 Tarifbeschäftigten und 36 Verwaltungsbeamten bearbeiten sämtliche schriftliche Verwarnungs- und Bußgeldverfahren der Bundespolizei.

Auslandsverwendungen

Einsätze und Verwendungen im Ausland orientieren sich an den Aufgaben der Bundespolizei. Sie ergänzen insbesondere die nationalen grenzpolizeilichen Maßnahmen zur Verhinderung der illegalen Einreise und Migration. In Hilfs- und Ausbildungsmaßnahmen werden Partnerbehörden auf den Hauptmigrationsrouten gestärkt und ertüchtigt und tragen so unmittelbar vor Ort zur Stabilisierung bei. Krisen und staatliche Instabilität begünstigen Kriminalität bis hin zu Terrorismus und können zu Migration führen. Bilaterale Aufbauprojekte und die Beteiligung an Missionen der EU und der VN sollen örtliche Sicherheitsbehörden wieder in die Lage versetzen, ihre Aufgaben eigenständig und rechtsstaatlich wahrzunehmen.

Vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie wurden die Entsendungen im Jahr 2020 auf ein Minimum reduziert oder auf 2021 verschoben. Die Aufgabe der polizeilichen Ausbildung war hiervon am stärksten betroffen.



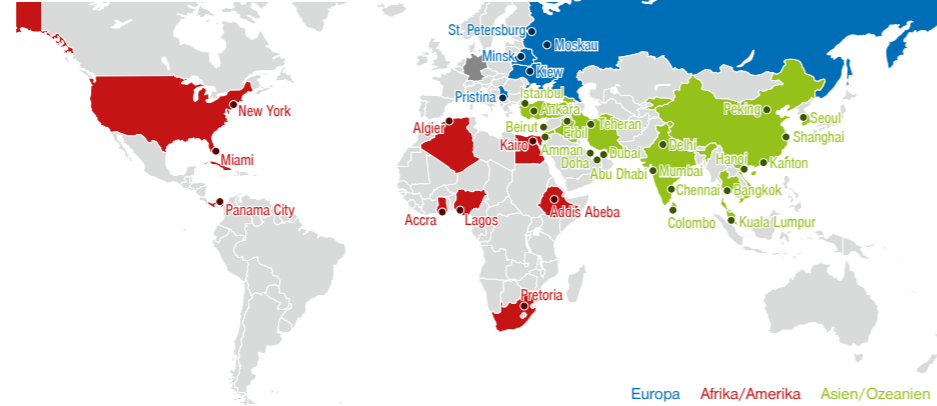
Gefördert aus Mitteln des
Fonds für die innere Sicherheit
der Europäischen Union



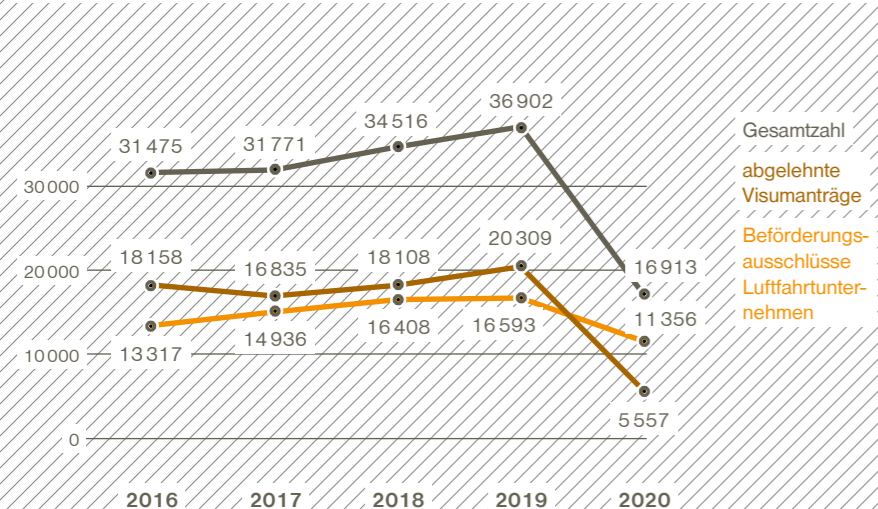
Dokumenten- und Visumberater

Dokumenten- und Visumberater (DVB) unterbinden bereits in den Herkunfts- und Transitländern die illegale Migration auf dem Luftweg nach Deutschland. 2020 haben 70 DVB an 34 Standorten insgesamt 16 913 unerlaubte Einreisen im Ansatz verhindert. Hierzu fanden 55 247 Beratungen von Behörden und Organisationen an den Auslandsflughäfen und 19 152 Visaprüfungen statt. Zudem wurden 11 356 Beförderungsausschlüsse durch die Luftfahrtunternehmen ausgesprochen, 5 557 Visumanträge abgelehnt und 6 294 Mitarbeiter verschiedener Luftfahrtunternehmen und Visastellen geschult.

Standorte der Dokumenten- und Visumberater



Verhinderte unerlaubte Einreisen durch Dokumenten- und Visumberater



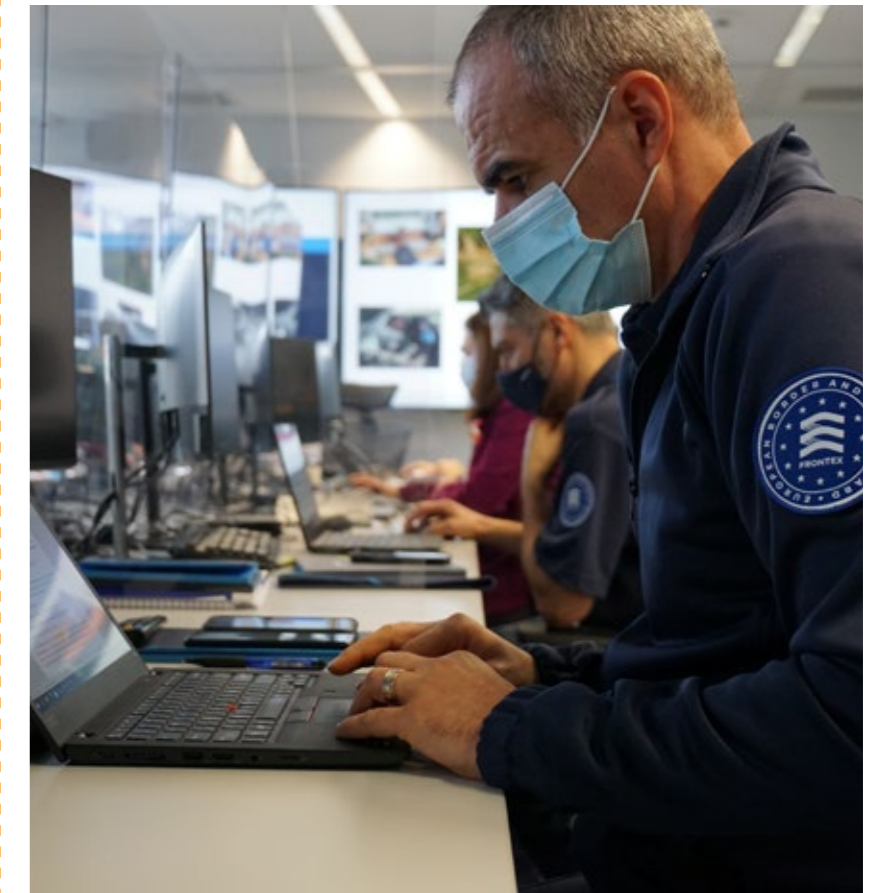
Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache Frontex

Die Zusammenarbeit mit Frontex ist ein wesentlicher Bestandteil der Sicherheit der europäischen Außengrenzen. Deutschland unterstützt die Fortentwicklung der Agentur und ihrer Rolle in der europäischen Sicherheitsarchitektur.

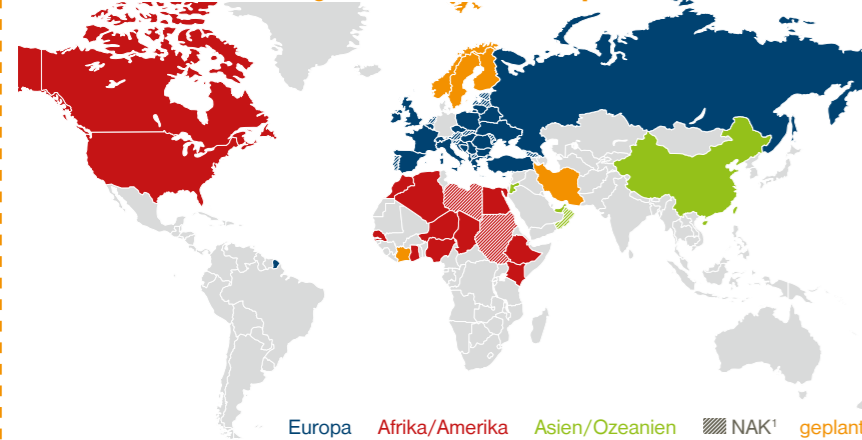
Die Bundespolizei ist größter europäischer Kontingentsteller und entsendet neben Personal und Diensthunden auch Boote, Hubschrauber, Fahrzeuge und anderes technisches Gerät zu Frontex. Polizisten werden dabei auch außerhalb der EU, beispielsweise in Serbien, Nordmazedonien, Montenegro, Albanien, Georgien oder der Republik Moldau eingesetzt. Durch verschiedenste Projekte und Trainings wirkt die Agentur zusammen mit den EU-Mitgliedstaaten an der Harmonisierung der Aus- und Fortbildung europäischer Grenzschützer mit.

2020 wurden 813 Beamte der Bundespolizei, der Polizeien der Länder, der Zollverwaltung sowie des Bundeskriminalamtes in 15 Staaten unter der Ägide von Frontex entsandt. In der Frontex-Operation „Poseidon“ sind seit März 2016 kontinuierlich zwei Kontroll- und Streifenboote mit bis zu 20 Besatzungsmitgliedern aus Bund und Ländern zur Unterstützung der griechischen Behörden in der Ägäis im Einsatz.

Die Bereitstellung von Einsatzkräften erfolgt ab dem Jahr 2021 nunmehr verpflichtend und in einem größeren Umfang als die bisherigen freiwilligen Beiträge. Um diesen Verpflichtungen nachkommen zu können, hat die Bundespolizei erhebliche konzeptionelle Anstrengungen unternommen. Schließlich konnten 61 Frontex Team Member für die Langzeitsendungen des Frontex Standing Corps rekrutiert werden, welche der Agentur seit Januar 2021 für die Dauer von zwei Jahren fest zugewiesen sind. 540 Einsatzkräfte stehen zudem für Kurzzeitsendungen von bis zu vier Monaten zur Verfügung.



Standorte der Verbindungsbeamten der Bundespolizei



Verbindungsbeamte der Bundespolizei

Die Verbindungsbeamten der Bundespolizei (VB BPOL) stellen den Informationsaustausch auf strategischer und operativer Ebene sicher. Sie koordinieren insbesondere die stark in den Vordergrund gerückten Aufgaben der Rückführung von illegal nach Deutschland eingereisten Personen in ihre Herkunftsländer, beraten und unterstützen im Bereich der Luftsicherheit, Polizeikooperation und der grenzpolizeilichen Sicherheitskooperation. Sie begleiten vor Ort die Ausbildungs- und Ausstattungshilfe. 2020 waren weltweit 39 VB BPOL in 60 Staaten eingesetzt.

Gemeinsame Zentren von Polizei und Zoll

Ein unmittelbarer Informationsaustausch mit den Polizei- und Zollbehörden der Nachbarstaaten ist entscheidend für die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität. In insgesamt zehn Gemeinsamen Zentren der Polizei- und Zollzusammenarbeit (GZ) und Verbindungsstellen mit den Anrainerstaaten gewinnen, verarbeiten und steuern mehr als 100 Polizeibeamte Informationen für alle Aufgabenbereiche der Bundespolizei. Pandemiebedingt war die Zusammenarbeit zwischen den Grenzbehörden 2020 teilweise nur eingeschränkt möglich. Die GZ haben sich auch vor diesen Herausforderungen als etablierte Stellen für den Informationsaustausch zwischen den Partnerbehörden bewährt.



Schutzaufgaben im Ausland

Die Bundespolizei unterstützt das Auswärtige Amt bei der Wahrnehmung von Aufgaben zum Schutz deutscher Auslandsvertretungen. 27 Sicherheitsberater und 26 Sicherheitsbeamte 2.0 (SAV 2.0) berieten im Jahr 2020 die deutschen Auslandsvertretungen in strategischen Fragen. Die Bundespolizei gewährleistete darüber hinaus den Schutz mit 175 Beamten (SAV und K-SAV) in 85 Staaten. In Afghanistan, Libyen und dem Irak setzte die Bundespolizei 26 Personenschützer ein.



Grenzpolizeiliche Unterstützungsbeamte Ausland

Im Rahmen der Vorverlagerungsstrategie kamen 2020 insgesamt 26 Bundespolizisten als Grenzpolizeiliche Unterstützungsbeamte Ausland (GUA) an grenzpolizeilichen Schwerpunktflug- und -seehäfen unter anderem in Griechenland, Italien, Frankreich und Spanien zum Einsatz. In bilateralen Kooperationen mit den Grenzpolizeien und anderen Sicherheitsbehörden der jeweiligen Staaten sowie verschiedenen Luftfahrtunternehmen wurden sie sowohl zur Verhinderung von Sekundärmigration nach Deutschland als auch zur Bekämpfung von Urkunden- und Kfz-Sachwertdelikten eingesetzt.

Beratungen der GUA an den vier griechischen Flughäfen Athen, Thessaloniki, Heraklion und Rhodos führten zu 7 522 Beförderungsausschlüssen (davon 5 291 Flüge nach Deutschland) durch die Luftverkehrsunternehmen. Gemeinsam mit der griechischen Polizei und den Airlines wurden zudem 362 Schleuser und 9 352 inkrimierte Dokumente festgestellt.

Missionen für den Frieden

Durchschnittlich 52 Bundes- und Landespolizisten sowie Beamte des Bundeskriminalamtes und der Zollverwaltung beteiligten sich 2020 an elf Friedensmissionen (davon vier Missionen der Vereinten Nationen und sieben der Europäischen Union) und dem bilateralen Polizeiprojekt in Afghanistan. Der Einsatz diente unter anderem dem Schutz der Zivilbevölkerung sowie dem Auf- und Ausbau der Sicherheitsbehörden vor Ort. Er trug so zur Stabilisierung von Krisenregionen bei, wodurch auch ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen geleistet wurde.



¹ Nebenakkreditierung, weiterer zu betreuender Staat



European Union Assistance Mission to Iraq

Auf Bitten der irakischen Regierung wurde die European Union Assistance Mission to Iraq 2017 initiiert. Die Mission soll die Regierung zur Reform des Sicherheitssektors unterweisen. Das erste Mandat begann im Oktober 2017, seit April 2020 läuft das dritte. Der Schwerpunkt der Mission liegt auf der Beratung der strategischen Ebene und der Unterstützung der Regierung bei der Implementierung der Nationalen Sicherheitsstrategie sowie bei der Reform des Sicherheitssektors. Daneben beraten die Missionsangehörigen zu Themen, in denen sich die EU engagieren kann, und unterweisen die Verantwortungsträger der EU und der Mitgliedstaaten über den Stand der Reform.

Dies beinhaltet die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, insbesondere bei der institutionellen Reform, Bekämpfung des Terrorismus und des gewalttätigen Extremismus sowie in den Bereichen Organisierte Kriminalität, Grenzschutz, Wirtschaftskriminalität einschließlich Korruption, Geldwäsche und dem illegalen Handel mit geschützten Kulturgütern.

Die Mission berät zudem das Innenministerium und das Büro des Nationalen Sicherheitsberaters und ist auch auf regionaler Ebene präsent.

Deutsches Polizeiprojektteam in Afghanistan

Bereits im 19. Jahr unterstützte das Deutsche Polizeiprojektteam in Afghanistan beim Aufbau einer funktionierenden afghanischen Polizei und Grenzpolizei. Bis zu 25 deutsche Polizeibeamte an den Standorten Mazar-e Sharif und Kabul leisteten einen Beitrag zu den Bemühungen Afghanistans, den Weg zu einer zivilen, dem Rechtsstaatsprinzip verpflichteten Polizei zu beschreiten.

Die Schwerpunkte des deutschen Engagements lagen insbesondere in den Bereichen der Aus- und Fortbildung, des Mentorings sowie der Ausstattungshilfe und dem Aufbau von Trainingszentren.



Gefördert aus Mitteln des Fonds für die innere Sicherheit der Europäischen Union

Finanzierungsinstrumente der Europäischen Union

Über den Fonds für die innere Sicherheit (Internal Security Fund – ISF) fördert die EU die Polizei und den Grenzschutz ihrer Mitgliedstaaten. Ein Teil der Mittel wird über die sogenannte Zuständige Behörde im Bundespolizeipräsidium umgesetzt. Für Außengrenzen und Visa standen in Deutschland von 2014 bis 2020 etwa 79 Millionen Euro zur Verfügung. Mit den Mitteln konnten 2020 beispielsweise EasyPass-Spuren an Flughäfen, der Einsatz von Dokumenten- und Visumberatern im Ausland, die Entwicklung des Europäischen Überwachungssystems EUROSUR sowie Ausrüstung für Kontroll- und Streifenboote in der Nord- und Ostsee gefördert werden.

Polizeiliche Aufbauhilfe und Kooperation

Die Polizeiliche Aufbauhilfe und Kooperation dient der Bekämpfung der illegalen Migration und der damit einhergehenden Kriminalität in den Herkunfts- und Transitstaaten. Durch die Ausbildung der Mitarbeiter und die Verbesserung der Ausstattung werden die (grenz-)polizeilichen Fähigkeiten der Partnerbehörden gestärkt. Die geografischen Schwerpunkte lagen 2020 auf dem Balkan, in Nord-, West- und Ostafrika sowie in der Sahelzone und dem Mittleren/Nahen Osten.

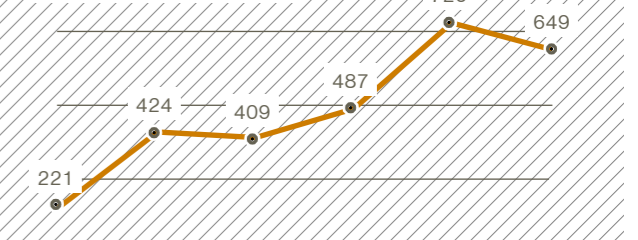
Für die Ausbildung der Partnerbehörden entsendet die Bundespolizei Kurz- und Langzeit-Experten, die Fachwissen zu den Aufgaben der Bundespolizei vermitteln. Ein wesentlicher Bestandteil des Engagements ist die Förderung des Verständnisses für Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte.

Die Ausstattungshilfe erweitert und verbessert die Führungs- und Einsatzmittel der Partner im gesamten Spektrum: von Taschenlampen bis hin zu Fahrzeugen und Streifenbooten, Nacht- und Wärmebildgeräten sowie Dokumentenprüftechnik.

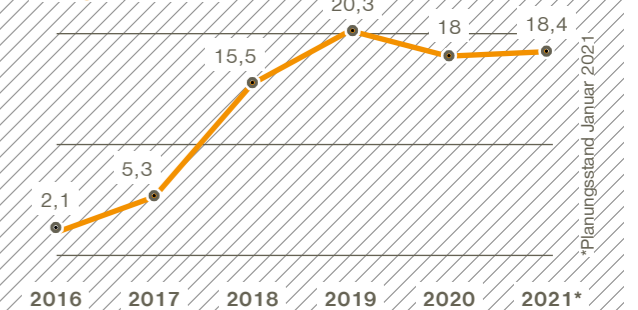
In der Tunesischen Republik und dem Königreich Saudi-Arabien werden dauerhaft Projektbüros betrieben.

Anlassbezogen wird zudem mit den 56 ausländischen Verbindungsbeamten in 35 Staaten zusammengearbeitet.

Anzahl der Maßnahmen



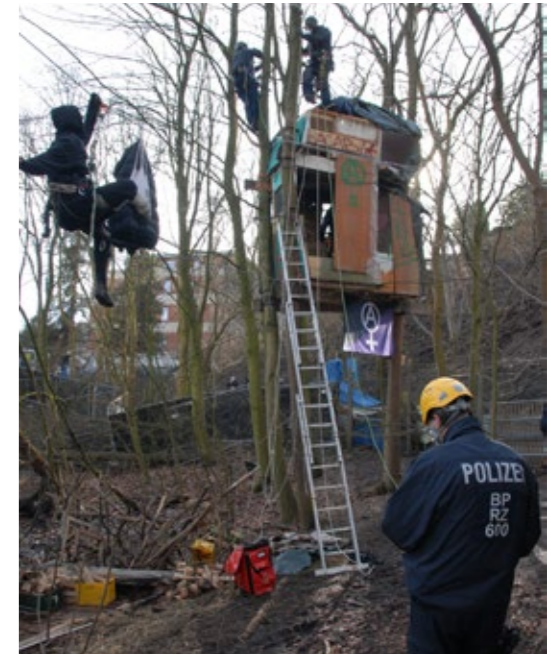
Budget in Mio. €



*Planungsstand Januar 2021



Jahresrückblick 2020



Das Jahr 2020

8. Januar 2020

„Smarte“ Fahndung ausgelöst – Diebstahl aufgeklärt

Nach der Luftsicherheitskontrolle am Flughafen Frankfurt am Main teilte ein Fluggast der Bundespolizei den Verlust seiner Smartwatch und der dazugehörigen Kopfhörer aus der Gepäckwanne mit. Umgehend wurde das Video der betreffenden Kontrollspur ausgewertet. Mit Erfolg: Im Video war zu erkennen, wie eine Frau die Gegenstände entwendete.

Unverzüglich leiteten die Beamten die Fahndung ein und verschickten das Foto der Straftatverdächtigen über die bundespolizeiliche Kommunikationsapp an die dienstlichen Mobiltelefone der eingesetzten Polizisten. Die Person konnte kurze Zeit später beim Zustieg in ein Luftfahrzeug identifiziert werden. Bei der Kontrolle der Frau stellten die Beamten die gestohlenen Gegenstände fest. Der Geschädigte erhielt sein Eigentum zurück, gegen die Frau wurde Strafanzeige gestellt.



1. Februar 2020

Piraterie-Präventionszentrum feiert Jubiläum

Seit zehn Jahren berät das Piraterie-Präventionszentrum der Bundespolizei in Neustadt in Holstein deutsche Reedereien zur Vorbeugung von Angriffen durch Piraten. Sicherheitsbeauftragte der Reedereien werden in Workshops theoretisch und praktisch hinsichtlich der Abwehr möglicher Angriffe geschult. Auch während aktueller Lagen unterstützt das Zentrum mit seiner Expertise.

In der Vergangenheit konnten damit zahlreiche Entführungen von Handelsschiffen verhindert werden.



Januar



1. Januar 2020

Videoüberwachung auf Bahnanlagen

Anfang Januar unterzeichneten Vertreter des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat, der Bundespolizei und der Konzernsicherheit der Deutschen Bahn AG den „Rahmenvertrag zur Ausstattung von Personenbahnhöfen auf dem Gebiet der Bahnanlagen der Eisenbahnen des Bundes mit Videotechnik“. 145 Personenbahnhöfe werden derzeit unter Berücksichtigung der aktuellen polizeifachlichen und technischen Anforderungen sowie Aspekten der unternehmerischen Sicherheitsvorsorge mit Videotechnik ausgestattet. Ende 2020 befanden sich bereits 45 Prozent der Bahnhöfe in verschiedenen Umsetzungs-

phasen. Ergänzend dazu hat die Bundespolizei Ausstattungsempfehlungen für weitere Bahnhöfe und Haltepunkte ausgesprochen.

Die Fortentwicklung der Technik, aber auch und gerade die tragischen Tötungsdelikte im Hauptbahnhof Frankfurt am Main und im Bahnhof Voerde im Jahr 2019 haben zu einer systematischen Beschau der Video- und Sicherheitstechnik auf dem Gebiet der Bahnanlagen der Eisenbahnen des Bundes geführt. Insbesondere geriet dabei die bahnsteigbezogene Videoüberwachung in den Fokus von Politik, Öffentlichkeit und Medien.

Januar bis September 2020

Militärübung „DEFENDER Europe 2020“

Für die Übung „DEFENDER Europe 2020“ verlegten 18 NATO-Mitgliedstaaten europaweit Einheiten ihrer Streitkräfte. Insgesamt nahmen etwa 37 000 Soldaten – 20 000 alleine aus den USA – daran teil.

Die Direktion Bundesbereitschaftspolizei führte für die Bundespolizei den deutschlandweiten Einsatz im Zusammenhang mit den schienengebundenen Militärtransporten. Aufgrund der Corona-Pandemie wurde die Übung Mitte März abgebrochen. Um die offenen Übungsziele noch erreichen zu können, bestand zunächst die Absicht, kleinere Übungen in Deutschland fortzusetzen. Auch diese wurden abgesagt. Von den 109 geplanten Schienentransporten militärischer Güter fanden lediglich 71 statt.

Der Einsatz der Bundespolizei verlief ohne nennenswerte Vorkommnisse. Insgesamt waren 2 353 Einsatzkräfte an 23 Tagen der Hauptphase der Verlegungen eingesetzt.



Februar

März bis Oktober 2020

Sicherung der EU-Außengrenze zur Türkei

Auf Ersuchen von Frontex und Griechenland unterstützte die Bundespolizei gemeinsam mit den Polizeien der Länder von März bis Oktober die griechischen Behörden anlässlich einer Rapid Border Intervention bei der Sicherung der EU-Außengrenze zur Türkei. Für den Sofort-einsatz wurde auch ein Hubschrauber der Bundespolizei für drei Monate auf der Insel Samos in der Ägäis eingesetzt.



März

19. April 2020

Entführungen im Golf von Guinea

Im April ereignete sich vor Westafrika ein Überfall auf das Schiff einer deutschen Reederei.

Acht Seeleute verschiedener Nationalitäten wurden verschleppt und gefangen gehalten. Zwei für maritime Entführungslagen geschulte Angehörige der Bundespolizei unterstützten die schwierigen Lösegeldverhandlungen in der Reederei.

Nach vierwöchigen Verhandlungen konnte die Freilassung erwirkt und die Seeleute konnten trotz der pandemiebedingten Aus- und Einreisebedingungen von Nigeria nach Deutschland geflogen werden. Sie wurden ärztlich versorgt und anschließend zu den Geschehnissen befragt.

April

Mai

Juni



18. März 2020

Neue Polizeinotfallkrankwagen

Ab März wurden alle bisherigen Krankentransportwagen der Polizeiärztlichen Dienste der Bundespolizeiabteilungen durch neue, moderne Polizeinotfallkrankwagen (P-KTW) ersetzt.

Die insgesamt 31 P-KTW verfügen über neueste medizinische Technik wie Defibrillatoren, aber auch über polizeitypische Ausstattungen wie Lexanverglasung, Waffenfächer und Stauraum für die persönliche Schutzausrüstung.

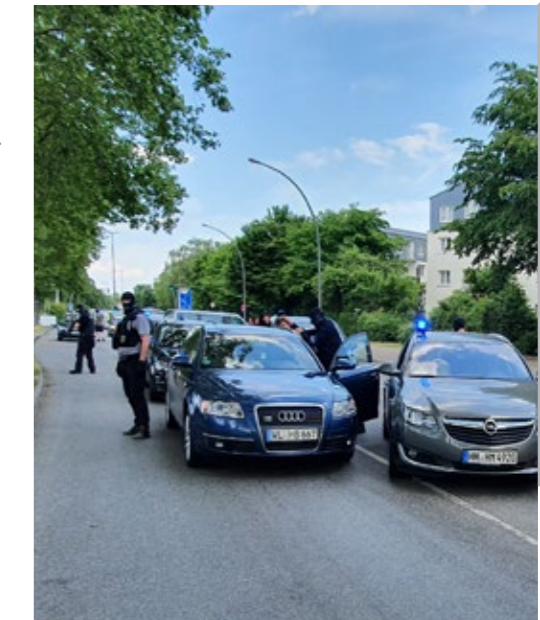
Die Fahrzeuge dienen der Notfallversorgung und sind aufgrund ihrer Ausstattung insbesondere für Großlagen, aber auch für Einsätze beim Tauchen oder bei der Dekontamination geeignet.

3. Juni 2020

Festnahme eines Schleusers

Die Bundespolizeiinspektion Kriminalitätsbekämpfung Rostock ermittelte gegen mehrere Deutsche wegen des Einschleusens von Ausländern und der Urkundenfälschung. Sie standen im Verdacht, überwiegend thailändische Staatsangehörige ohne Aufenthaltstitel an Bordelle vermittelt zu haben. Die verdeckte Aufklärung und Observation erfolgte vorrangig durch die Mobilen Fahndungseinheiten in enger Zusammenarbeit mit der Einsatz- und Ermittlungsunterstützung der Bundespolizei.

Der Einsatz von Lokalisations- und Videotechnik hat maßgeblich zum Ermittlungserfolg beigetragen. Auf Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse durchsuchten Einsatzkräfte im Juni zwölf Wohnobjekte im norddeutschen Raum und vollstreckten mehrere Haftbefehle. Dabei konnten sieben illegal aufhältige thailändische Staatsangehörige in Gewahrsam genommen und Beweismaterial wie Identitätsdokumente, Speichermedien und Mobiltelefone sichergestellt werden. Öffentlichkeitswirksam war die Festnahme des Hauptbeschuldigten durch die Mobile Fahndungseinheit in Hamburg: während des Berufsverkehrs um 13:58 Uhr mitten in der Stadt.



COVID-19

Temporär wiedereingeführte Grenzkontrollen an den Binnengrenzen

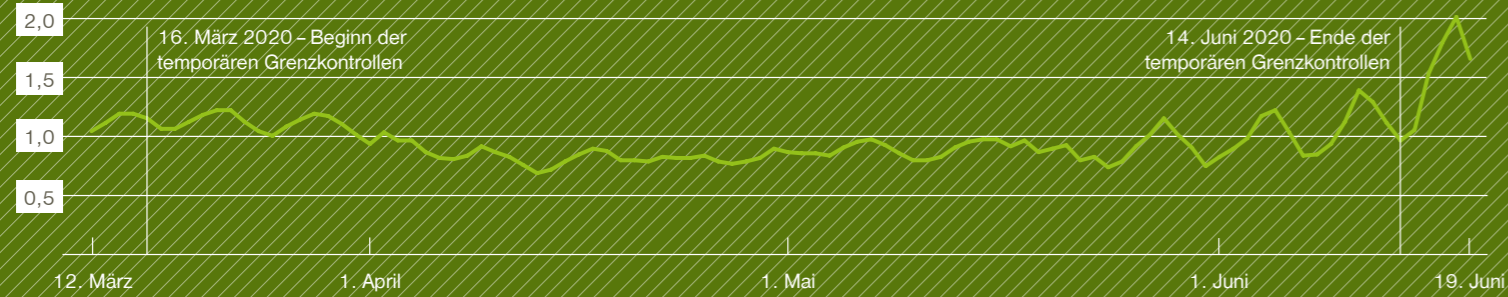
Zur Bewältigung der Corona-Pandemie wurden vom 16. März bis zum 14. Juni 2020 temporäre Grenzkontrollen an den land- und luftseitigen Binnengrenzen zu Österreich, der Schweiz, Frankreich, Luxemburg (bis 16. Mai), Dänemark, Italien und Spanien (bis 20. Juni) sowie im seeseitigen Schiffsverkehr zu Dänemark wiedereingeführt. Dabei richtete die Bundespolizei bis zu 111 Grenzübergangsstellen ein und setzte lageabhängig bis zu 6000 Einsatzkräfte täglich für die Grenzkontrollen ein. Für Reisende aus Drittstaaten bestanden umfangreiche Einreiserestriktionen.

Die Bundespolizei war dadurch in der Lage, den unbedingt erforderlichen grenzüberschreitenden Verkehr zu kanalisieren, anlassbezogen zu kontrollieren und Menschen, die die Voraussetzungen nicht erfüllten, abzuweisen oder die Einreise zu verweigern. Ein entscheidender Beitrag zur Unterbrechung der Infektionsketten und zur Verlangsamung einer Verbreitung des SARS-CoV-2-Erregers. Die Bundespolizei wies im genannten Zeitraum 196 266 Personen zurück oder ab und nahm an den deutschen Flughäfen 2 938 Einreiseverweigerungen vor. 6 054 Straftaten (Verstöße

gegen das Aufenthalts-, Betäubungsmittel- und Waffengesetz sowie Urkundendelikte und Straßenverkehrsdelikte), 5 641 Fahndungstreffer (4 881 Personen- und 760 Sachfahndungstreffer) sowie 4 558 unerlaubte Einreisen wurden erfasst. Weiterhin konnten 866 offene Haftbefehle vollstreckt werden.

Nach dem Ende der temporär wiedereingeführten Grenzkontrollen intensivierte die Bundespolizei an allen Binnengrenzen die grenzpolizeilichen Maßnahmen.

Reproduktionszahl (R-Wert) im Zeitraum 12. März bis 19. Juni



Gibt an, wie viele Menschen eine infizierte Person in einem bestimmten Zeitraum ansteckt – liegt der Wert über 1, dann steigt die Zahl der Neuinfektionen.

Quelle: www.rki.de



196 266
Zurück-
weisungen



2 938
Einreisever-
weigerungen



4 558
unerlaubte
Einreisen



5 641
Fahndungs-
treffer



866
offene Haftbe-
fehle vollstreckt



6 054
festgestellte
Straftaten

Nukleartransport aus Großbritannien nach Deutschland

Im November 2020 fand der erste Rücktransport hochradioaktiver Abfälle seit neun Jahren nach Deutschland statt. Aus der britischen Wiederaufbereitungsanlage Sellafield erreichten sechs CASTOR-Transportbehälter das hessische Brennelemente-Zwischenlager Biblis. Etwa 6 200 Einsatzkräfte der Bundespolizei und rund 550 Unterstützungskräfte der Polizeien der Länder Sachsen, Hamburg und Brandenburg waren eingesetzt. Es war der größte Einsatz der Bundespolizei im Jahr 2020.

Organisatorisch war der Transport stark von der Pandemie und den daraus resultierenden Erfordernissen zur Eindämmung des SARS-CoV-2-Virus geprägt. Besonders herausfordernd war es, die Transportbehälter zu sichern und dabei die Infektionsgefahren für die Einsatzkräfte und das polizeiliche Gegenüber zu minimieren. Hierzu erstellte die Bundespolizei ein gesondertes Hygienekonzept.

Dieses sah im Wesentlichen die Bildung von Kohorten von maximal 35 Polizeibeamten – einem Einsatzzug – vor. 2 540 Einsatzkräfte wurden vorab auf das SARS-CoV-2-Virus getestet.

Die ärztlichen Dienste der Bundespolizei prüften 19 Einsatzkräfte während des Einsatzes auf eine Corona-Infektion sowie 195 im Anschluss. 23 Fälle erwiesen sich als positiv, was lediglich einem Prozentsatz von 0,4 Prozent – bezogen auf die Gesamteinsatzkräfte der Bundespolizei – entsprach.

Das Hygienekonzept war ein wesentlicher Garant für die erfolgreiche Bewältigung des Einsatzes.



Urlauber zurückgeholt

Pandemiebedingt mussten 2020 rund 236 000 Urlauber – vorwiegend von Reiseveranstaltern oder mit bestehenden Fluglinien – nach Deutschland zurückgeholt werden. Zusätzlich wurden 260 Sonderflüge aus 59 Ländern durchgeführt und etwa 58 000 deutsche Staatsangehörige befördert. Die organisierten Sonderflüge nach Deutschland nutzten zudem etwa 6 400 EU-Bürger und 4 200 Drittstaatsangehörige.

Das Krisenreaktionszentrum des Auswärtigen Amtes unterstützten zwei Bundespolizeibeamte, welche die Anfragen ausländischer Botschaften zu den aktuellen Einreise- und Transitregelungen beantworteten. Zusammen mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat wurden mehr als 5 000 Grundsatz- und Einzelfragen ausländischer Vertretungen beantwortet. Für die Rückholungen kamen unter anderem bundespolizeiliche Verbindungsbeamte, Dokumenten- und Visumberater, Sicherheitsberater sowie Sicherheitsbeamte zum Schutz deutscher Auslandsvertretungen in den Staaten vor Ort zum Einsatz.



2020 nahmen Bürgeranfragen* an die Bundespolizei drastisch zu. Sie stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 641,2 Prozent auf 1 530 148 (2019: 206 450). Der Anstieg lässt sich insbesondere auf die häufigen länderspezifischen Anpassungen der Einreisebeschränkungen in Abhängigkeit von dem jeweiligen Infektionsgeschehen in den betroffenen Staaten zurückführen. Aus vielen Staaten war die Ein- oder Ausreise nicht oder nur eingeschränkt möglich.

* umfassten alle postalischen, elektronischen und fernmündlichen Anfragen im gesamten Bundesgebiet

Bundespolizei schützt Impfstofftransport

An Heiligabend 2020 erreichte das erste Kontingent des Impfstoffs gegen das SARS-CoV-2-Virus Deutschland. Einsatzkräfte der Direktion Bundesbereitschaftspolizei übernahmen den Transport im Grenzraum zu Belgien und begleiteten ihn bis zum Verteilungszentrum.

Die Bundespolizei unterstützt das Bundesministerium für Gesundheit seither im Wege der Amtshilfe beim Schutz der Impfstofftransporte und leistet einen weiteren Beitrag zur Bekämpfung der Corona-Pandemie.



30. Juni und 1. Juli 2020

Einsatzerfolg im Deliktfeld Schleusung

Seit mehreren Jahren ermittelte die Bundespolizei gegen eine international vernetzte Tätergruppe. Durch die gewerbsmäßige Fälschung von Aufenthaltspapieren konnte sowohl das Einschleusen von ausländischen Staatsangehörigen als auch der Verbleib von ausreisepflichtigen Ausländern im Bundesgebiet ermöglicht werden.

Kräfte der Mobilen Fahndungseinheit der Bundespolizei wurden zur Observation des Hauptbeschuldigten eingesetzt. Da sich dieser in verschiedenen kriminellen Milieus bewegte und Erfahrungen mit polizeilichen Maßnahmen hatte, waren die Observationen herausfordernd.

Nachdem ausreichend Erkenntnisse gewonnen werden konnten, erfolgten Durchsuchungen in 26 Objekten. Umfangreiches Beweismaterial, wie Technik zur Dokumentenfälschung und hohe Geldbeträge, wurden beschlagnahmt. Aufgrund der Gefährdungsbewertung vollstreckten die GSG 9 der Bundespolizei und die Mobile Fahndungseinheit gemeinsam den Haftbefehl gegen den Hauptbeschuldigten.

Juli

3. Juli 2020

Weitere Festnahmen im Ermittlungsverfahren ZANK

Im Juli verurteilte das Landgericht Weiden einen irakischen Schleuser wegen des gewerbs- und bandenmäßigen Einschleusens in drei Fällen zu einer Freiheitsstrafe von sechs Jahren. Aufgrund offensichtlicher Falschaussagen wurden während der Hauptverhandlung drei der Geschleusten noch im Zeugenstand festgenommen. Weiterhin konnten ein britischer und ein irakischer Staatsangehöriger aufgrund in Deutschland erlassener europäischer Haftbefehle aus Großbritannien und Griechenland ausgeliefert und in Untersuchungshaft genommen werden. Beide waren

maßgeblich für die Koordinierung der Schleusungen von Serbien nach Deutschland verantwortlich. Nach weiteren Tätern wird unter Einbindung der Zielfahndung der Bundespolizei international gesucht.

Vorausgegangen waren mehr als zwei Jahre internationale Ermittlungsarbeit unter Beteiligung rumänischer, britischer und ungarischer Behörden sowie durch Europol. Das Schleusernetzwerk bestand aus 37 Personen, welche in mindestens 52 Fällen etwa 600 vorrangig irakische und iranische Staatsangehörige über die Balkan-

route nach Deutschland geschleust hatten. Bei gemeinsamen Aktionen im Jahr 2019 wurden Wohnungen in Großbritannien, Rumänien und Deutschland durchsucht und Haftbefehle vollstreckt. Sieben Schleuser wurden bereits zu Freiheitsstrafen von bis zu fünf Jahren verurteilt.

Am 13. April 2021 verurteilte das Landgericht Weiden zudem zwei Hauptbeschuldigte aufgrund des gewerbs- und bandenmäßigen Einschleusens von Ausländern in fünf Fällen zu Freiheitsstrafen von neun Jahren sechs Monaten sowie neun Jahren.

6. August 2020

Orientierungslos in gestohlenem Boot auf der Ostsee

Anfang August nahm das Einsatzschiff BP 82 „BAMBERG“ etwa neun Seemeilen nordwestlich von Kap Arkona (Mecklenburg-Vorpommern) einen sichtlich verwirrten und polizeilich bekannten Deutschen auf. Der Mann trieb nach eigenen Angaben schon einige Tage mit dem Boot auf der Ostsee. Der Motor ließ sich nicht starten, Rettungs- und Sicherheitsmittel wie Schwimmwesten oder Seenotsignale befanden sich nicht an Bord, sodass er nicht auf sich aufmerksam machen konnte. Die Überprüfung ergab, dass der Havariierte das etwa 3,50 Meter lange, offene Angelboot gestohlen hatte.

Die Bundespolizei versorgte die Person und ermittelte den Eigentümer des Bootes. Der Sachverhalt wurde an die zuständige Wasserschutzpolizei Mecklenburg-Vorpommern übergeben und die Person in die Psychiatrie verbracht.



August

11. August 2021

Unterlassungsverfügung durchgesetzt

Im August teilte die Umweltorganisation Greenpeace e. V. mit, dass sie im Fehmarnbelt (Ostsee) Felsblöcke versenken will, um die dortige Fischerei mit Grundschiepnetzen zu verhindern. Das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie untersagten dies und stellten bei der Bundespolizei ein Amtshilfeeersuchen zur Durchsetzung der Verfügung.

Daraufhin wurde das Einsatzschiff BP 26 „ESCHWEGE“ zur angegebenen Position entsandt. Vor Ort händigte die Bundespolizei die Verfügung an den Schiffsführer von Greenpeace aus. Die Störer kamen der Aufforderung nach und beendeten ihre Aktion.





17. August 2020

Fluggastdatentreffer in Frankfurt am Main

Im August nahm die Bundespolizei einen US-amerikanischen Staatsangehörigen am Flughafen Frankfurt am Main fest. Dieser stand im Verdacht, im Konflikt um den Zerfall des ehemaligen Jugoslawiens im Jahr 1993 Straftaten gegen die Menschlichkeit und gegen das internationale Völkerrecht (Kriegsverbrechen) begangen zu haben. Die Person befand sich lediglich zum Umstieg im Transitbereich des Flughafens. Eine Feststellung ohne die Auswertung der Fluggastdaten im PNR-Verfahren wäre nur zufällig möglich gewesen.

5. Oktober 2020

Urantransport blockiert

Zwei überregional bekannte Anti-Atomaktivisten blockierten im Oktober einen Uranhexafluoridtransport nahe Münster (Nordrhein-Westfalen). Sie seilten sich von einer Brücke der Autobahn A1 über den Bahngleisen ab. Höhenretter der Bundespolizei beendeten die Protestaktion und der Transport konnte seine Fahrt nach mehr als fünf Stunden fortsetzen.

September

10. September 2020

Auseinandersetzungen am Bahnhof Bardowick (Niedersachsen)

Das Zugpersonal einer Regionalbahn auf dem Weg von Lüneburg nach Hamburg informierte die Bundespolizei über eine etwa 90-köpfige Gruppe im Zug. Die vorwiegend jugendlichen Personen hatten keine Fahrausweise sowie überwiegend keinen Mund-Nasen-Schutz dabei und verhielten sich teilweise aggressiv gegenüber dem Zugpersonal.

Zum Zwecke der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung kontrollierte die Bundespolizei die Gruppe am niedersächsischen Bahnhof Bardowick. Dabei kam es zu Angriffen auf die eingesetzten Kräfte. Erst durch das Hinzuziehen von 248 Bundespolizisten und 54 Beamten des Landes Niedersachsen beruhigte sich die Lage.

Es wurden Ermittlungsverfahren wegen versuchter Gefangenenerbefreiung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, unerlaubtem Aufenthalt und Erschleichen von Leistungen eingeleitet. Aufgrund der Verstöße gegen die Corona-Eindämmungsverordnung wurden Personalien an das zuständige Gesundheitsamt übermittelt.



Oktober

28. und 29. September 2020

25. Deutscher Präventionstag

„Smart Prevention – Prävention in der digitalen Welt“ war das Leitthema des 25. Deutschen Präventionstages. Passend hierzu und aufgrund der Corona-Pandemie wurde der weltweit größte Kongress zur Kriminalprävention erstmals digital und interaktiv durchgeführt. Gäste konnten den Kongress im Online-TV besuchen sowie Seminare und Vorträge online verfolgen. Zudem setzten die Veranstalter auf Wissensvermittlung via Videoclips und Tutorials.

Die Bundespolizei war gemeinsam mit der Deutschen Bahn AG an einem digitalen Informationsstand vertreten. Hier wurde über kriminalpräventive Projekte zur Reduzierung von Gewalt- und Eigentumsdelikten sowie zur Förderung der Zivilcourage informiert. Ein weiterer Schwerpunkt war das „Sichere Verhalten auf Bahnanlagen“, zu dem die Sicherheitskräfte der Deutschen Bahn AG und die Bundespolizei im Jahr 2020 verstärkt sensibilisierten.



31. Oktober 2020

Neuer Hauptstadtflughafen eröffnet

Ende Oktober eröffnete der Flughafen Berlin Brandenburg (BER). Die gleichnamige Bundespolizeiinspektion ist am nunmehr einzigen kommerziellen Flughafen im Berliner Großraum für die Durchführung von Luftsicherheits- und Grenzkontrollen zuständig.

Die Schließung des Flughafens Tegel, der den Namen des großen Flugpioniers Otto Lilienthal trug, folgte am 8. November. Der letzte Abflug eines zivilen Luftfahrzeugs erfolgte um 15:39 Uhr in Richtung Paris und wur-

de der Fluggesellschaft Air France zuteil.

Während des Starts flankierten drei Hubschrauber der Bundespolizei die Maschine. Gleichzeitig verabschiedeten sich mehr als 450 Bundespolizisten emotional von „ihrem“ Flughafen Tegel. Für über 30 Jahre hatte die Bundespolizei hier für Sicherheit gesorgt. Die Kollegen fanden am BER eine neue dienstliche Heimat und sorgen weiterhin dafür, dass die Fluggäste sicher reisen.

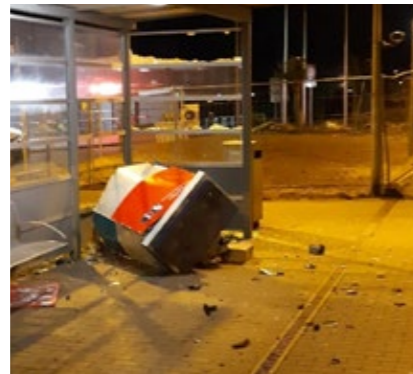


8. Oktober 2020

Automatenaufsprenger gefasst

Eine gemeinsame Ermittlungsgruppe von Bundespolizei und Landeskriminalamt Schleswig-Holstein ermittelte gegen eine Person, die verdächtig war, Fahrkartenautomaten aufzusprengen. Ihr Ziel war es, die darin enthaltenen Geldkassetten zu entwenden. Die große Zerstörungskraft des verwendeten Sprengmittels verursachte immensen Sachschaden. Zudem bestand Gefahr für Leib und Leben von unbeteiligten Bahnreisenden.

Aufgrund gleichgelagerter Fälle in Schleswig-Holstein stand der Beschuldigte im Verdacht, eine Vielzahl derartiger Taten begangen zu haben. Die Observations führten Mobile Fahndungseinheiten der Bundespolizei und Spezialeinheiten der Polizei des Landes Schleswig-Holstein gemeinsam durch. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse führten dazu, dass der Hauptbeschuldigte und dessen Mittäter auf frischer Tat angetroffen und nach einem Fluchtversuch durch Spezialeinheiten festgenommen werden konnten.



30. Oktober 2020

Fluggastdatentreffer am Flughafen Düsseldorf

Ende Oktober stellte die Bundespolizei am Flughafen Düsseldorf eine dreiköpfige Familie nach der Einreise aus Thessaloniki (Griechenland) fest. Gegen die Personen lag aufgrund eines sogenannten Mustertreffers im PNR-Verfahren der Hinweis der unerlaubten Einreise vor.

Die vorherige Kontrolle durch den Grenzpolizeilichen Unterstützungsbeamten Ausland der Bundespolizei in Thessaloniki war ohne Feststellung. Am Flughafen Düsseldorf wiesen sich die Personen mit schengenwirksamen Aufenthaltstiteln aus und äußerten während der Befragung zum Reisezweck ein Asylbegehren.

November

Dezember 2020

Elektrofahrzeuge beschafft

Im Dezember wurden 170 Hybrid- und Elektrofahrzeuge für die Bundespolizei beschafft. Die Fahrzeuge sind die ersten Schritte in Richtung treibhausgasneutraler Fuhrpark. Das durch die Bundesregierung beschlossene Klimaschutzprogramm 2030 sieht eine stufenweise Reduzierung von Kohlendioxid-Emissionen bei öffentlichen Behörden bis 2030 vor. Um dieses Ziel für die Bundespolizei erreichen zu können, werden unter anderem jährlich zehn Prozent der Fahrzeuge ersatz- und neubeschafft. Der Buchstabe „E“ auf den Kennzeichen verweist fortan auf die Hybrid- und Elektrofahrzeuge.

Die ersten Rückmeldungen zu den Autos sind positiv. Nun gilt es, die notwendige Ladeinfrastruktur aufzubauen.

Eine Umstellung der Einsatzfahrzeuge – etwa 80 Prozent des gesamten Fuhrparks – ist nicht vorgesehen. Die am Markt verfügbaren Fahrzeuge mit alternativen Antriebskonzepten sowie die Infrastruktur erfüllen zurzeit nicht die Anforderungen.

11. Dezember 2020

Fluggastdatentreffer in Frankfurt am Main

Die Bundespolizei nahm Mitte August einen nigerianischen Staatsangehörigen am Flughafen Frankfurt am Main nach Einreise aus Toronto (Kanada) fest. Gegen die Person lag ein Auslieferungshaftbefehl der USA aufgrund von Geldwäsche und Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte vor. Bei der Durchsuchung des Großpäckes der Person wurde im Kontext der dem Haftbefehl zugrunde liegenden Straftat neuwertige Markenkleidung im Wert von mehreren tausend Euro aufgefunden.





Personal und Ausstattung



Personal der Bundespolizei

51 441 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Stand: 31.12.2020

34 324

Polizeivollzugs-beamtinnen und -beamte

8 330

Verwaltungsbeamtinnen und -beamte und Tarifbeschäftigte

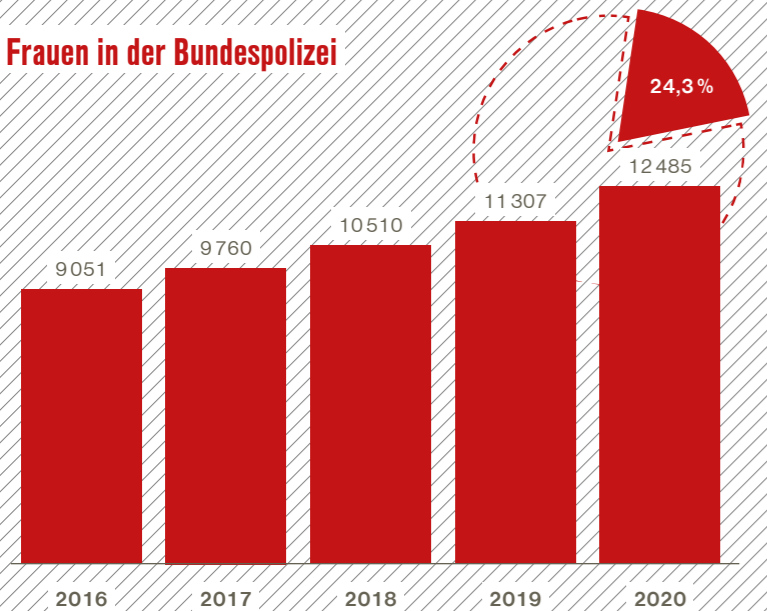
8 500

Anwärterinnen und Anwärter

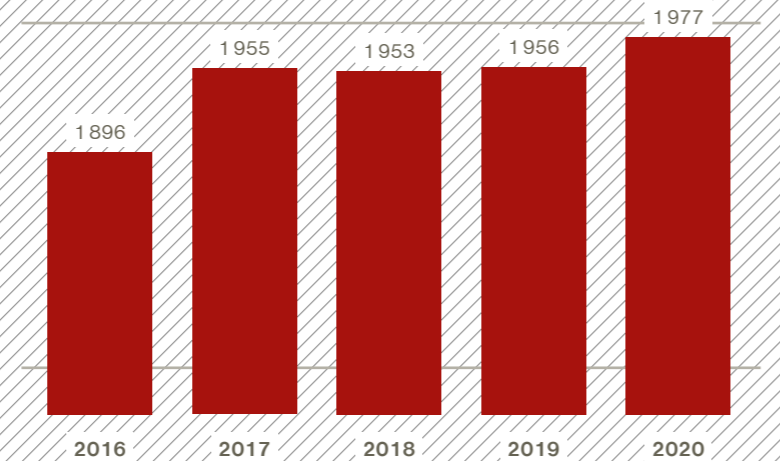
287

Auszubildende

Frauen in der Bundespolizei

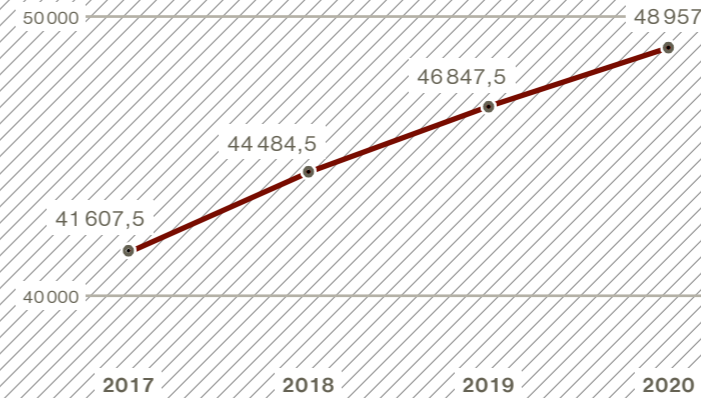


Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Beschäftigte



(Plan-)Stellen

Planstellen im Haushaltsjahr



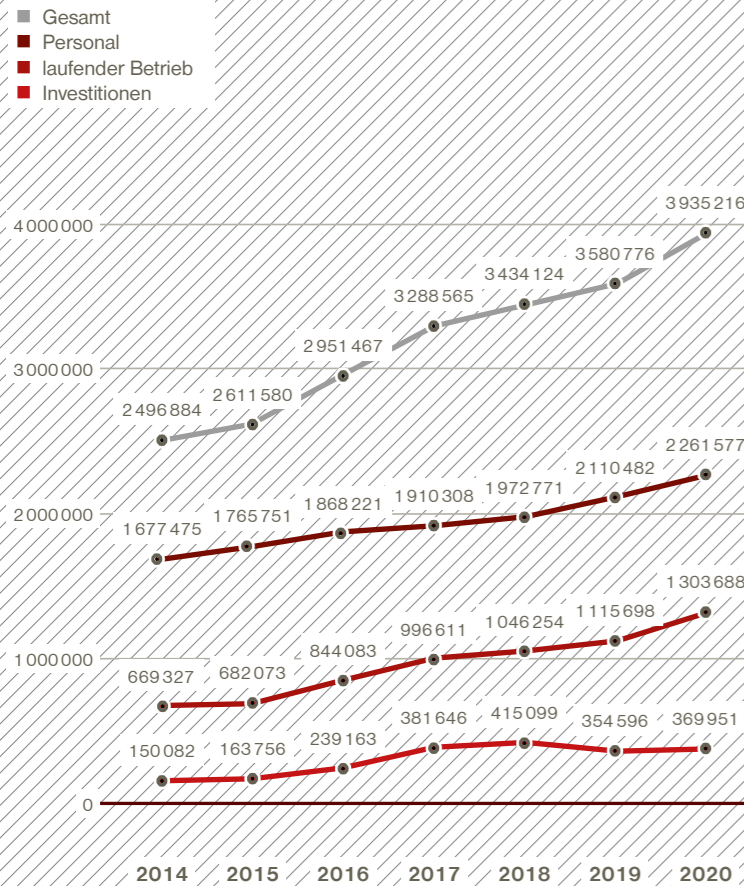
Seit 2015 wächst der Personalbestand der Bundespolizei kontinuierlich auf. Mit dem Bundeshaushaltsplan 2020 wurden für die Bundespolizei mehr als 2 000 zusätzliche Planstellen und Stellen geschaffen. Zudem sind für die Jahre 2023 und 2024 bereits weitere Zuläufe von je 1 000 Stellen vorgesehen.

Mit fast 49 000 Planstellen und Stellen nimmt die Bundespolizei im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat sowohl von der personellen Ausstattung als auch in der Aufgabenvielfalt eine herausragende Stellung ein.



Haushalt

Entwicklung des Haushaltes der Bundespolizei (in Tausend Euro)



Liegenschaften

Aufgrund der Sicherheitspakete I bis III werden in der Bundespolizei insgesamt 12 500 Beschäftigte zusätzlich eingestellt. Um diese angemessen unterbringen zu können, sind insgesamt 234 Liegenschaften zu sanieren und zu erweitern. Dafür müssen zusätzliche Räume und Flächen von mehr als 85 000 Quadratmetern geschaffen werden.

Bis Ende 2020 konnte die Bundespolizei bereits 30 Prozent der vorgesehenen Liegenschaften durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, die Deutsche Bahn AG und verschiedene Flughafenbetreiber herrichten lassen.

Das Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket der Bundesregierung sieht zudem für die Jahre 2020 bis 2022 weitere Verbesserungen der Unterbringung der Bundespolizei vor. Mittel in Höhe von 100 Millionen Euro pro Jahr sind vorgesehen.

Die Unterbringung der Bundespolizei in Bahnhöfen sowie an den übrigen Dienststellen ist eine wesentliche Voraussetzung für eine hohe Qualität der Aufgabenerfüllung. Noch im Jahr 2020 sind 60 Millionen Euro aus den im September 2020 bereitgestellten Mitteln zugunsten der Bundespolizei abgeflossen.

Verwaltung

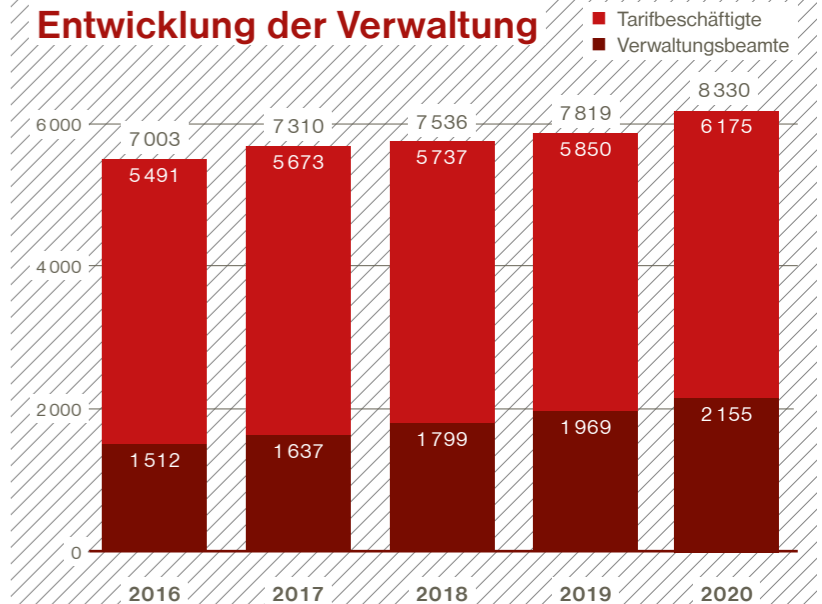
Bundesweit arbeiteten 2020 etwa 8 300 Beschäftigte in der Verwaltung der Bundespolizei.

Neben ihren klassischen Aufgaben wie Haushalt, Organisation, Personal und Innerer Dienst deckt die Verwaltung auch Fachverwendungen der Aus- und Fortbildung, der Informationstechnik und Beschaffung, im Werkstattwesen sowie im ärztlichen Dienst ab. Die Verwaltung in der Bundespolizei schafft die Grundlage für erfolgreiche Polizeiarbeit.

Die Bundespolizei stellt nicht nur Verwaltungsbeamte und Tarifbeschäftigte ein, sondern sie bildet auch in Verwaltungs- und in handwerklich orientierten Kammerberufen aus. Sie benötigt neben technischem Personal und Spezialisten in der Informationstechnik auch Fotografen und Mediengestalter.

Im Jahr 2020 entschieden sich 94 Auszubildende für eine Berufsausbildung bei der Bundespolizei. Die unterschiedlichen Verwendungen bieten die Möglichkeit, sich individuell fachlich und persönlich weiterzuentwickeln. Der Aufstieg in die nächsthöhere Laufbahn und die Übernahme von Führungsverantwortung sind nur zwei Möglichkeiten von vielen, die die Verwaltung der Bundespolizei bietet.

Entwicklung der Verwaltung



Ärztlicher Dienst

Der Ärztliche Dienst der Bundespolizei ist verantwortlich für die medizinische Einsatzversorgung in der Bundespolizei. Dazu gehören die Versorgung der Polizisten im Einsatz, die kurativ-medizinische Versorgung und die betriebsmedizinische Betreuung aller Mitarbeiter. Darüber hinaus ist der Ärztliche sowie Sicherheitstechnische Dienst für die medizinische Aus- und Fortbildung der Einsatzkräfte zuständig und berät Führungskräfte bei fachlichen Fragen.

523

Mitarbeiter im Ärztlichen, Sicherheitstechnischen und Sozialwissenschaftlichen Dienst



	2018	2019	2020
1 050 Einsätze	1 204 Einsätze	1 001 Einsätze	
32 565 geleistete Einsatzstunden	24 464 geleistete Einsatzstunden	28 276 geleistete Einsatzstunden	
844 Behandlungen	790 Behandlungen	582 Behandlungen	
1 718 Einsätze der Polizeisanitäter	2 024 Einsätze der Polizeisanitäter	1 662 Einsätze der Polizeisanitäter	
92 Einsätze der Polizeiärzte	112 Einsätze der Polizeiärzte	99 Einsätze der Polizeiärzte	

Bundespolizeiseelsorge

Die Bundespolizeiseelsorge wird von Pfarrern der römisch-katholischen Kirche und der evangelischen Landeskirchen in Deutschland angeboten. Sie sind mit der Behörde und den Mitarbeitern vertraut. Bundespolizeipfarrer werden für die Dauer der Tätigkeit von ihrer Kirche beurlaubt und wechseln in ein staatliches Dienstverhältnis; sie sind jedoch frei von staatlichen Weisungen. Sie unterstehen der Dienstaufsicht des jeweils zuständigen Dekans der Bundespolizei oder des jeweiligen Beauftragten der evangelischen oder katholischen Kirche für die Seelsorge in der Bundespolizei.

Bundespolizeipfarrer sind in ihrer Funktion als wissenschaftlich ausgebildete Theologen zudem für den berufsethischen Unterricht in der Aus- und Fortbildung zuständig.

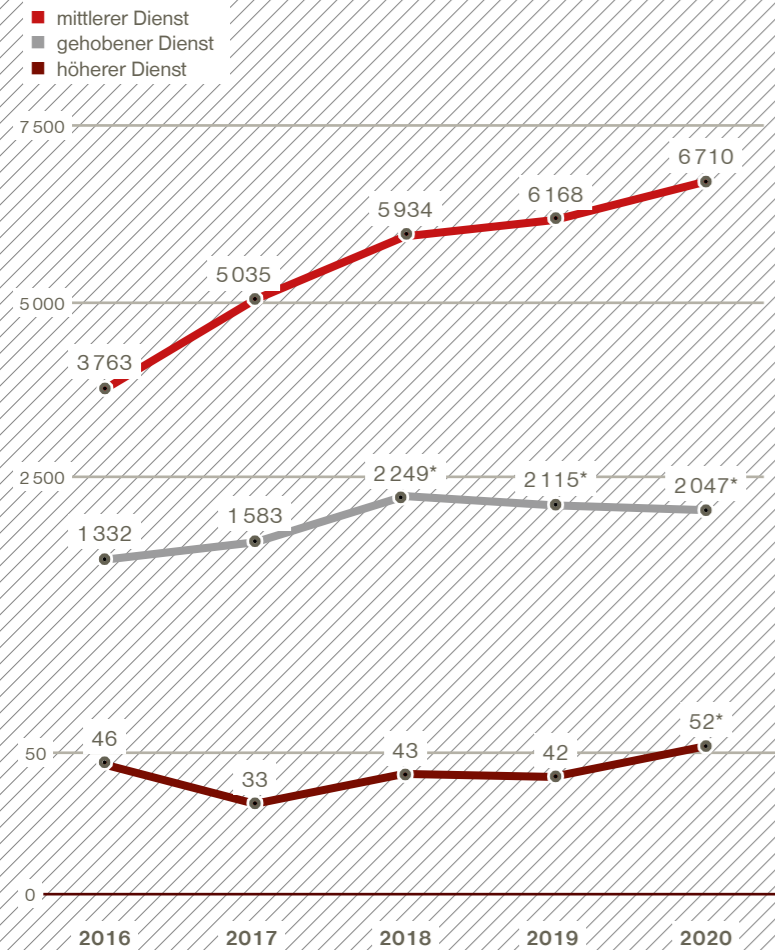
Aufgrund außergewöhnlicher physischer und psychischer Belastungen, denen Bundespolizisten ausgesetzt sind, können diese die fachspezifische Seelsorge in Anspruch nehmen.



22 BPOL-Pfarrer	7 nebenamtliche Seelsorger	mehr als 1 600 Unterrichtsstunden Berufsethik (Ausbildung)	
2 Dekane der BPOL	98 durchgeführte Lehrgänge	233 Lehrgangstage	1 701 Teilnehmer

Ausbildung

Entwicklung der Ausbildungszahlen



*inklusive Aufstiegsbeamte

Die Neueinstellungen der Bundespolizei bewegten sich auch 2020 auf hohem Niveau. Im Februar haben 1 296 und im August 667 Polizeimeister ihre Laufbahnprüfung erfolgreich beendet. Zusätzlich legten 316 Anwärter des gehobenen Polizeivollzugsdienstes ihre Laufbahnprüfung ab. Die Nachwuchskräfte verstärken seither die Bundespolizeidirektionen.

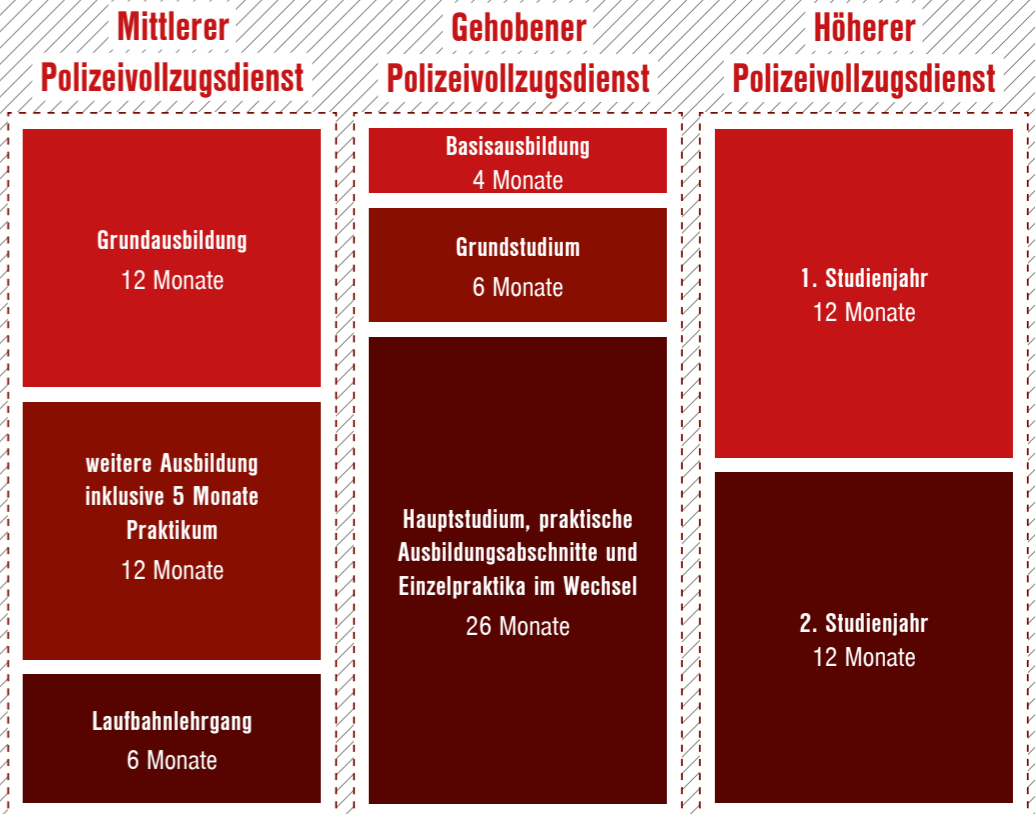
In den Jahren 2015 bis 2025 werden fast 9 500 neue Mitarbeiter als Ersatz für Ruhestände in die Bundespolizei eingestellt, darunter etwa 7 500 Polizeivollzugsbeamte. Der Deutsche Bundestag, die Bundesregierung und das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat unterstützen den personellen Aufwuchs. In den Sicherheitspaketen I bis III sind der Bundespolizei für den Zeitraum 2015 bis 2021 insgesamt 12 581 zusätzliche Planstellen und Stellen zugewiesen worden, davon etwa 10 200 für den Polizeivollzugsdienst.

Für den Polizeivollzugsdienst hat die Bundespolizei – beginnend im Jahr 2015 bis zum September 2020 – bereits etwa 16 600 Einstellungen realisiert; bis 2025 soll sich diese Zahl auf rund 26 000 erhöhen. Allein im Jahr 2020, welches vor allem durch die Corona-Pandemie geprägt war, konnten mehr als 4 000 Auszubildende in den Polizeivollzugsdienst eingestellt werden.

Zur Eindämmung der Ausbreitung des Corona-Virus wurden in der Aus- und Fortbildung der Bundespolizei zeitweise keine Präsenzveranstaltungen durchgeführt. Die Bundespolizei stellte ein angeleitetes Selbststudium sicher. Im weiteren Verlauf des Jahres wurden Teile der Ausbildung im Präsenzunterricht und in Fernlehre durchgeführt. Die Abschlussjahrgänge konnten planmäßig beendet werden.

Für die Sicherstellung aller Ausbildungsvorhaben wurden 1 058 zusätzliche Unterkünfte in den Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentren Diez und Neustrelitz geschaffen. Um die Einstellungsvorhaben im Jahr 2021 sicherzustellen, werden zwei neue Bundespolizeiausbildungsstätten in Rotenburg an der Fulda und Bielefeld hergerichtet.

Laufbahnen der Bundespolizei



Nachwuchsgewinnung

Durch die Corona-Pandemie hat sich die Nachwuchswerbung der Bundespolizei 2020 primär auf Online-Maßnahmen und insbesondere auf Social Media konzentriert. Dies führte dazu, dass auf allen Kanälen die Interaktionen, wie Direktnachrichten und Kommentare, deutlich gestiegen sind. Die Mitarbeiter der Redaktion beantworteten bis zu 50 Anfragen pro Tag. Im Wesentlichen handelte es sich um Tipps für Sport in den eigenen vier Wänden oder Hinweise für das Bewerbungs- und Auswahlverfahren.

Ein Highlight des Jahres 2020 war die erste Online-Einstellungsberatung über einen Instagram-Live-Stream. Bis zu 3 000 Zuschauer waren dabei.

Die Social-Media-Kanäle der Bundespolizei verzeichneten einen großen Zuwachs. Besonders erfolgreich war dabei Instagram. Bereits im Januar konnte die 100 000er-Marke geknackt werden. Grund genug, sich bei der Community mit einem selbstgedrehten Film zu bedanken. Ende 2020 erreichte der Kanal 120 000 Follower und ist nach wie vor der reichweitenstärkste Kanal aller deutschen Polizeibehörden. Dieser Trend setzte sich auch auf den anderen Kanälen der Bundespolizei fort. So stieg die Zahl der Follower bei Facebook auf mehr als 92 000, bei YouTube auf 51 800. Highlight war hier der neue Imagefilm der Bundespolizei.

Der Bundespolizei-Podcast „FUNKDISZIPLIN“ wurde 2020 mit dem PR-Report-Award in der Kategorie Corporate Media Digital ausgezeichnet. Der Podcast konnte bei der Jury vor allem mit seiner authentischen Art punkten.

Bis zu 20 000 Hörer folgten dem Podcast regelmäßig. Die Themen reichten vom Auswahlverfahren über die Ausbildung bis hin zu Geschichten aus dem täglichen Dienst. Unterschiedlichste Gäste, beispielsweise aus der Mobilen Fahndungseinheit, der Verwaltung oder dem ärztlichen Dienst, standen Rede und Antwort und gaben Einblicke in ihre Arbeit. Die Episoden sind abrufbar unter www.komm-zur-bundespolizei.de sowie überall dort, wo es Podcasts gibt.



bundespolizeikarriere

35.640 Aufrufe

bundespolizeikarriere DER EINSATZ - 100K Special - Haben wir euch eigentlich mal erzählt wie wir unsere einhunderttausendste Abonnentin überraschen wollten? Nein? Dann viel Spaß bei unserem 100K-Special!

Wir hatten euch in einer Story gefragt welches Special ihr zum 100K-Jubiläum sehen wollt. Die Entscheidung viel ganz klar auf: EINEN KURZFILM! Leider haben wir einige Zeit gebraucht, aber nun ist er fertig und wir sind gespannt auf eure Reaktionen!

#Bundespolizei #bpol #Einsatz #MitSicherheitVielfältig #federalpolice #lawenforcement #polizei #police #WirSindSicherheit #instacops

Alle 141 Kommentare ansehen

6. März 2020

bundespolizeikarriere

Gefällt 14.831 Personen

bundespolizeikarriere #FlattenTheCurve ■ Unser Appell: Bleibt zu Hause - wir bleiben für euch da!

Vielleicht habt ihr gemerkt, dass wir unsere Kommunikation etwas angepasst haben. Wir wollen euch so gut es geht über unsere Maßnahmen im Zusammenhang mit #Covid19 informieren. Dafür tritt unsere Nachwuchswerbung aktuell etwas in den Hintergrund. Wir können derzeit nicht alle eure Fragen beantworten - habt dafür bitte Verständnis. Sobald wir gesicherte Informationen haben - informieren wir euch HIER immer aktuell!

Foto: Bundespolizeidirektion Stuttgart, immer aktuell auf Twitter bpol_bw

#wirbleibenzuhause #stayathome #bleibzuhause #corona #covid19DE #Bundespolizei #bpol #Einsatz #MitSicherheitVielfältig #federalpolice #lawenforcement #polizei #police #WirSindSicherheit #instacops #Grenzkontrollen

Alle 272 Kommentare ansehen

18. März 2020



Bundespolizei Karriere

9. Nov. 2020 · 🌐

Eine Ära geht zu Ende. Am 8. November hob das letzte Flugzeug, eine Maschine der Air France vom Flughafen Tegel ab. Die gleiche Airline, war auch die erste, welche am 1960 regelmäßige Linienflüge von Tegel anbot. Die Bundespolizei war in Tegel, wie auch an 13 anderen Verkehrsflughäfen in Deutschland, für die Luftsicherheit zuständig. Deswegen geht auch an uns die Schließung des Flughafens nicht spurlos vorbei. Es war Dienstort, man traf Kolleginnen und Kollegen, man lachte und startete manchmal auch selbst von hier seine Reise - dienstlich oder privat. Deswegen sagen auch wir ganz leise #DankeTXL für die schöne Zeit.

2,3 Tsd. · 70 Kommentare · 91 Mal geteilt

Gefällt mir · Kommentieren · Teilen

Social Media



Die Bundespolizei twittert

Beim populären Mikrobloggingdienst Twitter, der weltweit mehr als 330 Millionen Nutzer hat, veröffentlichte die Bundespolizei 2020 mehr als 6 600 Kurznachrichten. Seit dem ersten Tweet der Behörde im Jahr 2016 stieg die Zahl der Follower auf über 340 000 – Tendenz steigend.

Auf 13 Kanälen informiert die Bundespolizei über tagesaktuelle Ereignisse, polizeiliche Maßnahmen, Präventionsthemen und ihre vielfältigen Aufgabenbereiche.

Die elf Bundespolizeidirektionen informieren eigenverantwortlich aus ihrem Alltag. Regelmäßig berichten die Kollegen über Einsatzerfolge, veröffentlichen Zeugenaufrufe und leisten Präventionsarbeit zu bundespolizeispezifischen Themen.

Die Bundespolizeiakademie füllt die Timeline der sportbegeisterten Twitter-Nutzer mit Updates zu den Erfolgen und Aktivitäten der Spitzensportler der Bundespolizei.

Darüber hinaus nutzt die Bundespolizeidirektion Berlin einen zusätzlichen Kanal zur Information der Öffentlichkeit bei besonderen Einsätzen wie Demonstrationen, Sport- oder weiteren Großveranstaltungen.

Bundespolizei Flughaf... · 27.01.20 ...

Die #BPol @Airport_FRA ist #MitSicherheitVielfältig!
 Hilal 🇹🇷 Perikles 🇬🇷 Mert 🇹🇷 Ahmadulla 🇮🇷 Manuel 🇩🇪 Sefa 🇹🇷 Stefano 🇮🇹 Savas 🇹🇷 Dalila 🇹🇷

Tolle Kollegen, die nicht nur für #Sicherheit stehen, sondern auch für sprachliche & kulturelle #Vielfalt
 #BPol #Flughafen #Frankfurt

Wir sind bunt
 Bundespolizei - so international wie der Airport

189 139 876

Bundespolizei Sport · 01.03.20 ...

#Bundespolizei Pilot #FriedrichFrancesco behält die Nerven & gewinnt GOLD bei der Viererbob WM in @Altenberg2020
 Bobteam #Walther gewinnt Bronze. Nach vielen hochemotionalen Wettkämpfen verabschieden wir uns hiermit aus #Altenberg2020

3 21

Bundespolizei Mitteld... · 03.03.20 ...

++Aktuell++
 #Bundespolizei legt vietnamesischer Schleuserorganisation das Handwerk. Durchsuchungsmaßnahmen der #bpol in 7 Bundesländern. Zahlreiche Einsatzkräfte der @bpol_bepo sind im Einsatz. Das Verfahren führt, nach umfangreichen Ermittlungen der @bpol_pir, die @GSTABerlin.

4 24 87

Bundesbereitschafts... · 18.03.20 ...

Unsere Bitte an euch 🙏
 #StayAtHome #FlattenTheCurve #COVID2019de

18 133 818

Bundespolizei Bayern · 19.06.20 ...

Dass ein 🐘 eine Kollision mit einem 🚗 ohne größere Blessuren übersteht, scheint alleine schon recht unwahrscheinlich. Dass wenig später zufällig #Bundespolizei #Freilassing und ein Tierarzt eintreffen, spricht wohl für ausgesprochen großes Glück. *FLG

bit.ly/2YrdUa

6 8 95

Bundespolizei Spezialkr... · 21.10.20 ...

Die #nmsraccoon ist erfolgreich beendet. Alle beteiligten Einheiten und Behörden haben wertvolle Erfahrungen und Erkenntnisse sammeln können. Für 2021 planen #BSH & #Bundespolizei eine Übung auf europäischer Ebene. #WirSindSicherheit

6 7 78

Bundespolizei Baden-... · 29.11.20 ...

Ein Polizeiadventskranz - ja gibts denn sowas?! 🤔

Wir wünschen euch allen einen schönen ersten Advent! 🎄

P.S.: Das "Making of" findet ihr in unseren Fleets. 🤔

27 38 584

Bundespolizei Berlin · 13.12.20 ...

„Wer Polizistinnen und Polizisten angreift, wer sie verächtlich macht oder den Eindruck erweckt, sie gehörten 'entsorgt', dem müssen wir uns entschieden entgegenstellen" sagte Bundespräsident Steinmeier im Sommer.

Wir sagen: #AllCopsAreBeautiful

#1312 #WirSindSicherheit

23 29 253

Sir Prof. Dr. Dr. Jan Böhmerman...
 3.808 Tweets

Tweets Tweets & Antworten Medien „Gefäll...

Sir Prof. Dr. Dr. Jan Böhmermann 🤔🤔 hat retweetet

Bundespolizei Nord @bpol_no... · 5h ...

!!! Achtung !!!

Reisen Sie nur nach Großbritannien, wenn unbedingt erforderlich. Es kann sein, dass der Flugverkehr eingestellt wird. Anlass hierfür ist eine Mutation des Corona-Virus!

79 483 2.395

Tweet-Aktivität

Bundespolizei Nord @bpol_nord

!!! Achtung !!!

Reisen Sie nur nach Großbritannien, wenn unbedingt erforderlich. Es kann sein, dass der Flugverkehr eingestellt wird. Anlass hierfür ist eine Mutation des Corona-Virus!

Impressions 149.362
 wie oft Personen diesen Tweet auf Twitter gesehen haben

Mediananzeigen 36
 Alle Anzeigen (automatisches Abspielen und Klicks) Ihrer Medien werden gezählt, und zwar für Videos, Vines, GIFs und Bilder.

Interaktionen insgesamt 27.150
 wie oft Personen mit diesem Tweet interagiert haben

Spitzensport

Die Bundespolizei fördert Spitzensportler in ihrer sportlichen Karriere und unterstützt sie mit optimalen beruflichen, sozialen und sportfachlichen Bedingungen. Die Bundespolizei-sportschulen in Bad Endorf und Kienbaum leisten damit einen bedeutsamen Beitrag für den Erfolg der deutschen Nationalmannschaften bei internationalen Wettkämpfen.

Das Sportjahr 2020

Die Corona-Pandemie prägte die Wettkämpfe der Sportler 2020. Terminverschiebungen und Absagen, wie die Verschiebung der Olympischen Sommerspiele in Tokio, waren an der Tagesordnung. Dennoch behaupteten sich die Bundespolizeiathleten bei internationalen Vergleichen.

Bahnrad-Sprinterin Lea Sophie Friedrich feierte vor heimischem Publikum in Berlin gleich zwei Weltmeisterschaftstitel. Neben Gold im Teamsprint dominierte die Polizeimeisteranwärterin auch im 500-Meter-Zeitfahren und ist mit 21 Jahren die bisher jüngste Weltmeisterin in dieser Disziplin.

Das Highlight des Wintersportjahres 2020 war die Bob-Weltmeisterschaft (WM) im sächsischen Altenberg. Der zweifache Olympiasieger Francesco Friedrich schrieb mit seinem Anschieber Alexander Schüller erneut Sportgeschichte und stellte Rekorde auf. Mit seinem fünften WM-Titel im Zweier-Bob und dem dritten WM-Titel im Vierer – jeweils in Folge – egalisierte der Bundespolizist die seit 59 und 15 Jahren

bestehenden Bestmarken. Dazu gewann er als erster Bob-Pilot überhaupt dreimal in Folge das „WM-Double“ mit dem Zweier- und Vierer-Bob.

Die Skeleton-Piloten glänzten in Altenberg mit zweimal Gold und einer Silbermedaille und sorgten damit für einen gelungenen Wettkampf. Insgesamt 18 WM-Medaillen aller Farben sammelten die Wintersportler in den Sportarten Rennrodeln, Skeleton, Skispringen und Biathlon.

Die Ausbildung an den Bundespolizei-sportschulen

In der sogenannten Dualen Karriere fördert die Bundespolizei bis zu 160 Spitzensportler in Sommer- und Ganzjahres- sowie Wintersportarten und bildet diese parallel zu Polizeivollzugsbeamten im mittleren Dienst aus.

Seit Sommer 2020 ist geeigneten Athleten der verkürzte Aufstieg in den gehobenen Polizeivollzugsdienst für Spitzensportler möglich. Der überwiegend theoretische, sechsmonatige Lehrgang wird an beiden Bundespolizei-sportschulen durchgeführt, wodurch die Athleten ihr Trainingsprogramm nicht unterbrechen müssen. Der erste Lehrgang startete im September in Kienbaum. Zu den Teilnehmern gehörten unter anderem die Olympiasieger Marcus Groß (Kanu-Rennsport) und Christoph Harting (Diskuswurf).



Die geförderten Sportarten beider Bundespolizei-sportschulen im Überblick:

- Alpiner Rennlauf seit 1978
- Biathlon seit 1978
- Nordische Kombination seit 1978
- Skilanglauf seit 1978
- Skispringen seit 1978
- Eisschnelllauf seit 1991
- Short Track seit 1996
- Bob seit 1998
- Rennrodeln seit 1998
- Snowboard seit 1998
- Judo seit 1999
- Leichtathletik seit 1999
- Radsport seit 1999
- Skeleton seit 2005
- Kanu seit 2007
- Schießen seit 2007
- Rudern seit 2007
- Freestyle/Skicross seit 2008
- Turnen seit 2017

Führungs- und Einsatzmittel



84 622 502
gefahrte Kilometer



3 112
Pkw



155
Motorräder



126
Busse



ca. 600
Fahrräder



4
Segways



3 538
Lkw, Sonderwagen
und Sonstige



1
Schneemobil



15
Wasserwerfer



96
Rettungs-
fahrzeuge



24
Dienstpferde



441
Diensthunde

Hubschrauber



20 966
Flugstunden



10
Einmotorige Schu-
lungshubschrauber



24
Aufklärungs- und
Beobachtungs-
hubschrauber



19
Leichte Transport-
hubschrauber



23
Mittlere Transport-
hubschrauber



18
Zivilschutz-
Hubschrauber

Die Bundespolizei-Fliegergruppe betreibt derzeit 94 Hubschrauber unterschiedlicher Typen. 66 Modelle werden für die bundespolizeilichen Alltagsaufgaben genutzt. Hierunter zählt auch eine ständige Bereitschaft für kurzfristige polizeiliche Lagen, beispielsweise für Einsätze der GSG 9 der Bundespolizei oder die Unterstützung in der technischen Not- und Katastrophenhilfe.

Zehn Hubschrauber stehen ausschließlich für Schulungszwecke zur Verfügung. Hinzu kommen 18 Zivilschutz-Hubschrauber, die durch Piloten der Bundespolizei geflogen und durch das Luftfahrttechnische Personal der Bundespolizei gewartet werden.



Schiffe



143 456
gefahrte Seemeilen



6
Seeschiffe



5
Kontrollboote,
davon 2 im
Auslandseinsatz



27 795
Einsatzstunden
auf See

Flottenmodernisierung der Bundespolizei See

Durch den Neubau eines vierten Einsatzschiffes der „Potsdam-Klasse“ wurde die Modernisierung der Einsatzflotte der Bundespolizei See auch 2020 weitergeführt. Die Fertigstellung, Taufe und Indienststellung ist für das Jahr 2021 geplant.

Alle neuen Einsatzschiffe vom Typ P 86 gewährleisten einen Einsatz in Nord- und Ostsee bei allen Witterungs- und Seegangsverhältnissen. Sie erfüllen die strengen gesetzlichen Umweltstandards beim Schiffsantrieb und sind mit einem Hubschrauberlandedeck nach NATO-Standard ausgestattet, auf dem die Hubschrauber der Bundespolizei landen können. Durch die Mitnahme von Containermodulen können Spezialkräfte vom Schiff aus in den Einsatz gebracht, geführt sowie versorgt werden.



Maritimes Sicherheitszentrum

Das Maritime Sicherheitszentrum mit Sitz in Cuxhaven ist ein Kommunikations- und Kooperationsnetzwerk der operativen Kräfte des Bundes und der Küstenländer.

Die Bundespolizei ist einer von sechs Kooperationspartnern auf Bundesebene und dient als Informationsschnittstelle zur maritimen bundespolizeilichen Aufgabe. Als Mitglied der integrierten Bundesleitstelle See (BLSt) stellt sie in enger Zusammenarbeit mit der Wasser-

straßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes und dem Zoll sicher, dass die gesetzlichen Aufgaben auf See erfüllt werden.

Die BLSt koordiniert und disponiert die Seefahrzeuge des Zolls und der Bundespolizei. Die Bundespolizei trägt somit im maritimen Zusammenschluss zur Erhöhung der Präsenz und zum Ausbau des hohen Sicherheitsstandards auf See bei.

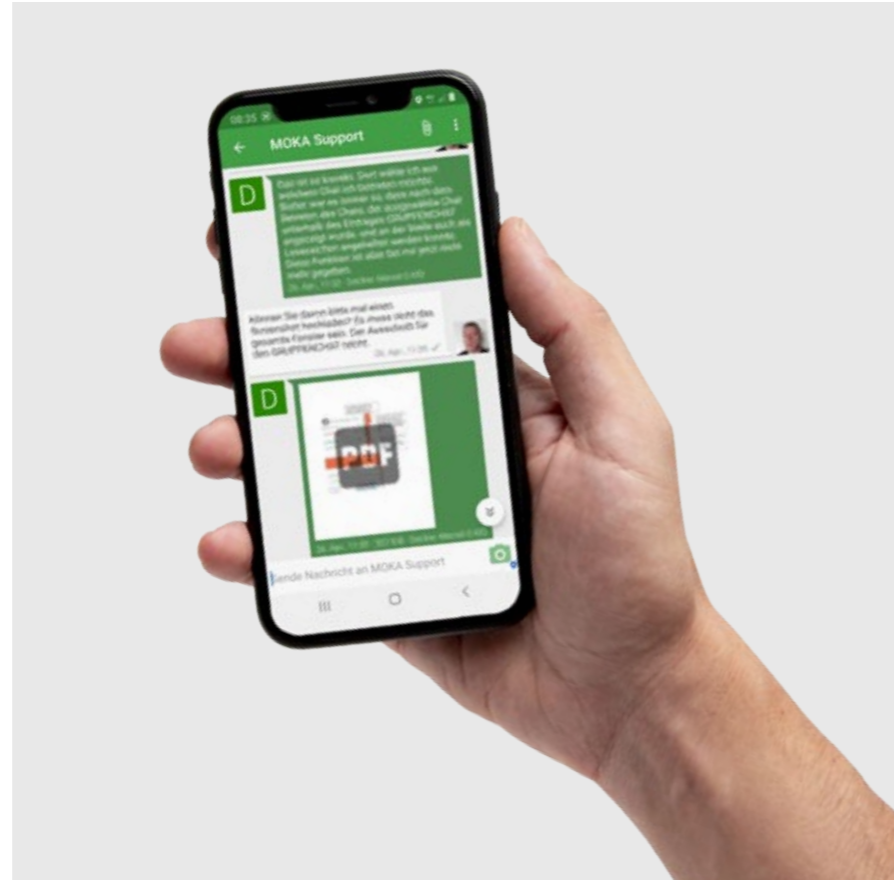
Einsatz- kommunikation



Der Digitalfunk ist das zentrale einsatztaktische Kommunikationsmittel für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS). Er wird sowohl im täglichen Dienst als auch bei Sonderlagen wie Großschadensereignissen, Katastrophenfällen oder Veranstaltungen genutzt. Das Bundespolizeipräsidium stellt für alle 16 teilnehmenden BOS des Bundes – mit mehr als 60 000 Nutzern – den Digitalfunk sicher. Hierfür werden auch vier Funkmessfahrzeuge mit Messgeräten und Peiltechnik eingesetzt. Durch diese können etwaige Störungen detailliert analysiert und die Kommunikation in besonderen Einsatzlagen kann vorbereitet, konzipiert und begleitet werden.

Auf Grundlage der „Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung III“ zwischen der Bundesregierung und der Deutschen Bahn AG begann 2020 die Ausstattung der noch nicht ausreichend versorgten Bahnhöfe und Tunnel mit Digitalfunk. Bis Ende 2024 sollen mehr als 260 Einrichtungen der Deutschen Bahn AG einen objektgebundenen Digitalfunk erhalten, wodurch die operative Einsatzkommunikation sichergestellt wird.

Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung ermöglichte zudem die Erneuerung der Handfunkgeräteausstattung. Deutlich verbesserte Sende- und Empfangsleistungen sowie zusätzliche Funktionen optimieren die operative Einsatzkommunikation.



Dienstlich chatten mit MOKA

Bereits auf den ersten dienstlichen Smartphones wurde 2018 ein eigener Messengerdienst bereitgestellt, der im Rechenzentrum der Bundespolizei betrieben wird. Damit steht den operativen Kräften der Bundespolizei ein weiteres Instrument für die dienstliche Kommunikation untereinander zur Verfügung, zusätzlich zu den bereits bestehenden. Der Messenger erfüllt alle Anforderungen eines modernen Kurznachrichtendienstes. Er besteht aus einer Anwendung für die Android-Geräte der Bundespolizei und einer Desktopanwendung, die insbesondere von den Angehörigen der Leitstellen zur Kommunikation genutzt wird. Mittlerweile arbeiten jeden Tag etwa 2 000 Kollegen gleichzeitig mit dem Programm, das bei der Bundespolizei unter dem Namen MOKA – Mobile Ortungs- und Kommunikationsapplikation – bekannt ist.

Körperschutzausstattung



Sie wird angelegt, wenn mit Gewalttätigkeiten zu rechnen ist, sie schützt die Gesundheit und das Leben der Polizisten. In zahlreichen Einsätzen hat sie sich bewährt: die Körperschutzausstattung.

Nach mehr als 20 Jahren wurde es jedoch Zeit, sich an die veränderten Herausforderungen anzupassen und ein neues Schutzkonzept zu entwickeln. Hierzu wurden die Mitarbeiter verschiedener Dienststellen befragt. Eine überwältigende Mehrheit wünschte sich eine Reduzierung des Gewichts, ohne aber den Schutz zu vernachlässigen. Daher führte die Forschungs- und Erprobungsstelle der Bundespolizei Studien zur Schutzwirkung unterschiedlicher Materialien durch und untersuchte die Wirkung unterschiedlicher Hieb- und Stichwaffen unter realistischen Bedingungen. Auf Grundlage dieser Ergebnisse definierte eine Arbeitsgruppe die Kriterien und Leistungsparameter der neuen Ausstattung.

Diese Anforderungen erfüllte keine der vorhandenen Schutzausstattungen auf dem Markt.

Die Hersteller bekamen daher die Gelegenheit, innovative Lösungen zu entwickeln und Muster vorzustellen.

Anschließend testeten und bewerteten Einsatzkräfte der Bundesbereitschaftspolizei die Muster unter vergleichbaren Bedingungen. Hierfür wurden verschiedene Situationen simuliert, beispielsweise die Festnahme von Straftatverdächtigen oder das Räumen von Sitzblockaden. Auch der Tragekomfort bei körperlichen Anstrengungen und beim Führen von Fahrzeugen sowie der Bewurf der Schutzausstattungen flossen in die Bewertung ein.

Die Erprobung zeigte, dass ein modulares System den Schutz gegen Bewurf sowie Stich- und Schusswaffen kombiniert und gleichzeitig Gewicht einspart. Die Bundespolizei entschied sich daher für ein solches System. Die Auslieferung an die Bundesbereitschaftspolizei soll Ende 2021 beginnen.





52 922
P30



12 180
MP5



442
Sonderwaffen



2 457
Überzieh-
schutzwesten



44 268
Unterzieh-
schutzwesten



30
Distanz-Elektro-
impulsgeräte
(in der Erprobung)



2,1 kg
Schutzhelm

5,1 kg
MP5 mit vier
Magazinen

1,5 kg
P30 mit zwei
Magazinen

7,5 kg
Überzieh-
schutzweste



7 672
Smartphones

1 597
Bodycams

20 582
Funkgeräte

52 922
Erste-Hilfe-Taschen



46 476 941
Personenfahn-
dungsabfragen



113 622 855
Sachfahn-
dungs-
abfragen



5 409 258
automatisierte
Grenzkontrollvor-
gänge „EasyPASS“

Mittlerer Dienst



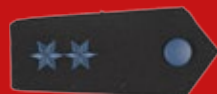
Polizeihauptmeister (mZ)



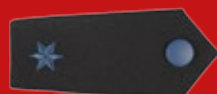
Polizeihauptmeister



Polizeiobermeister



Polizeimeister



Bundespolizeiliche Unterstützungskraft



Polizeimeisteranwärter

Gehobener Dienst



Erster Polizeihauptkommissar (gZ)



Erster Polizeihauptkommissar



Polizeihauptkommissar



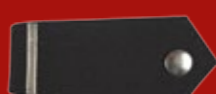
Polizeihauptkommissar



Polizeioberkommissar



Polizeikommissar



Polizeikommissaranwärter

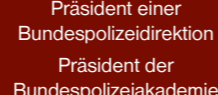
Höherer Dienst



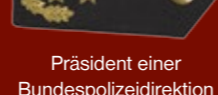
Präsident des Bundespolizeipräsidiiums



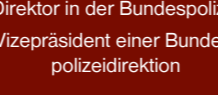
Vizepräsident beim Bundespolizeipräsidium



Präsident einer Bundespolizeidirektion



Präsident einer Bundespolizeiakademie



Vizepräsident der Bundespolizeiakademie



Direktor in der Bundespolizei



Vizepräsident einer Bundespolizeidirektion



Leitender Polizeidirektor



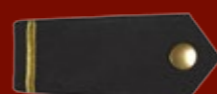
Polizeidirektor



Polizeiobererrat



Polizeirat



Polizeiratanwärter

Register

BER	Flughafen Berlin Brandenburg	h	Stunden
BFE+	Robuste Einheiten innerhalb der Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit	KB	Kriminalitätsbekämpfung
BLSt	Bundesleitstelle See	kg	Kilogramm
BOS	Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben	km	Kilometer
BPOL	Bundespolizei	LIES	Länderspezifisches Informations- und Erkennungssystem
BPOLABT	Bundespolizeiabteilung	MFE	Mobile Fahndungseinheit
BPOLAFZ	Bundespolizei- und -fortbildungszentrum	Mio.	Millionen
BPOLAST	Bundespolizei- und -fortbildungszentrum	MKÜ	Mobile Kontroll- und Überwachungseinheit
BPOLD	Bundespolizeidirektion	MOKA	Mobile Ortungs- und Kommunikationsapplikation
BPOLFLS	Bundespolizei-Fliegerstaffel	Mrd.	Milliarden
BPolG	Bundespolizeigesetz	NATO	North Atlantic Treaty Organization – Organisation des Nordatlantikvertrags
BPOLI	Bundespolizeiinspektion	OWi	Ordnungswidrigkeit
BPOLSPSCH	Bundespolizeisportschule	P-KTW	Polizei-Notfall-Krankenwagen
BPOLTZK	Bundespolizei-Trainingszentrum Kühnroinhaus	PBL	Personenbegleiter Luft
CERT BPOL	Computer Emergency Response Team der Bundespolizei	PES	Polizeiliche Eingangsstatistik
COVID-19	Infektionskrankheit SARS-CoV-2 – Corona-Virus	PNR	Passenger Name Record
DNA	deoxyribonucleic acid – Desoxyribonucleinsäure	PSA BPOL	Polizeiliche Schutzaufgaben Ausland der Bundespolizei
DVB	Dokumenten- und Visumberater der Bundespolizei	PVB	Polizeivollzugsbeamte
ED	Erkennungsdienst	SAV	Schutzbeamte an deutschen Auslandsvertretungen
ENSCHD BPOL	Entschärfungsdienst der Bundespolizei	SiB	Sicherheitsberater an deutschen Auslandsvertretungen
ETIAS	European Travel Information and Authorisation System – Europäisches Reiseinformations- und -genehmigungssystem	SKB	Szenekundige Beamte der Bundespolizei
EU	Europäische Union	UAS	Unmanned Aircraft System – Unbemannte Luftfahrzeuge
Europol	Polizeibehörde der Europäischen Union	USA	Vereinigte Staaten von Amerika
Frontex	Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache	USBV	Unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtung
GPPT	German Police Project Team Afghanistan – Deutsches Polizeiprojektteam in Afghanistan	VB BPOL	Verbindungsbeamte der Bundespolizei
GSG 9 BPOL	GSG 9 der Bundespolizei	VN	Vereinte Nation
GUA	Grenzpolizeiliche Unterstützungsbeamte Ausland	WM	Weltmeisterschaft
GZ	Gemeinsames Zentrum	ZBFD	Zentrale Bearbeitungsstelle für Fahrgelddelikte

Impressum

Herausgeber

Bundespolizeipräsidium
 LS 2 – Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
 Heinrich-Mann-Allee 103
 14473 Potsdam
 Tel +49 331 97997-9410
 Fax +49 331 97997-9321
 presse@polizei.bund.de
 www.bundespolizei.de
 V. i. S. d. P.: Gero von Vegesack

Redaktion

Helvi Abs

Mitarbeit

Enrico Thomschke, Alexandra Stolze sowie Angehörige zahlreicher Dienststellen der Bundespolizei

Layout und Satz

Barbara Blohm
 Bundespolizeipräsidium, Referat 66 – Medien

Lektorat

Verena Metzler

Bildnachweis

Alle Bilder Bundespolizei, außer:
 alle Icons von Flaticon

Alle Rechte vorbehalten. Jede Form der Vervielfältigung bedarf der vorherigen schriftlichen Genehmigung durch den Herausgeber.

Druck

Firma Appel & Klinger
 Druck und Medien GmbH
 96277 Schneckelohe
 1. Auflage



BUNDESPOLIZEI